

Finanzieller Überblick 2021

Inhaltsverzeichnis:

1	Das Rechnungsergebnis in Kürze	2
1.1	Die grössten Abweichungen zwischen Voranschlag und Rechnung 2021	3
1.1.1	Erfolgsrechnung.....	3
1.1.2	Investitionsrechnung	3
1.2	Die grössten Abweichungen zwischen Rechnung 2020 und Rechnung 2021	4
1.2.1	Erfolgsrechnung.....	4
1.2.2	Investitionsrechnung	4
1.3	Finanzkennzahlen 2017 – 2021	5
1.4	Ergebnis nach Behörden und Departementen	9
1.4.1	Erfolgsrechnung.....	9
1.4.2	Investitionsrechnung	13
1.5	Globalbudgets.....	15
2	Rahmenbedingungen	16
3	Die grössten Aufwandpositionen	18
3.1	Besoldungskosten	18
3.1.1	Pensenübersicht	21
3.1.2	Beiträge an die Pensionskasse und die Sozialversicherungen	22
3.2	Nettoaufwand für einzelne Schultypen.....	23
3.3	Nettoverschuldung und Zinsendienst	23
3.3.1	Nettoverschuldung	23
3.3.2	Nettozinsaufwand	24
3.4	Abschreibungen	24
3.4.1	Verwaltungsvermögen	24
3.4.2	Finanzvermögen	25
3.5	Strassenrechnung	25
3.6	Gesundheit	26
3.7	Soziale Sicherheit	27
4	Die grössten Ertragspositionen	30
4.1	Bundesanteile.....	30
4.2	Staatssteuerertrag.....	31
4.2.1	Entwicklung Steuerausstand	32
4.3	Nebensteuern	32

Finanzieller Überblick

1 Das Rechnungsergebnis in Kürze

Der Rechnungsabschluss des Kantons Solothurn wird seit 2012 nach dem „Harmonisierten Rechnungslegungsmodell 2 für Kantone und Gemeinden (HRM2)“ erstellt.

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	RE 20	VA 21	RE 21
Betrieblicher Aufwand	2'308,1	2'343,3	2'372,8
Betrieblicher Ertrag	- 2'370,1	- 2'344,3	- 2'480,1
Betriebsergebnis (Ertragsüberschuss)	- 62,0	- 1,0	- 107,3
Finanzaufwand 1)	25,5	25,8	25,3
Finanzertrag 2)	- 27,9	- 30,6	- 27,8
Operat. Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit	- 64,4	- 5,8	- 109,8
Wertberichtigung Finanzvermögen 3)	-21,9	0	0
Operatives Ergebnis (Ertragsüberschuss)	- 86,3	- 5,8	- 109,8
Abschreibung PKSO-Bilanzfehlbetrag	27,3	27,3	27,3
Gesamtergebnis (Ertragsüberschuss)	- 59,0	21,5	- 82,5

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)

Ausgaben	113,1	131,4	87,9
Einnahmen	- 19,5	- 17,0	- 12,2
Nettoinvestitionen	93,6	114,4	75,7

Finanzierung (in Mio. Franken)

Finanzierungsergebnis (Überschuss)	-52,5	47,6	-95,0
Operativer Selbstfinanzierungsgrad 4)	133%	58%	225%

- 1) Zinsaufwände, Kapitalbeschaffungs- und Verwaltungskosten
- 2) Zinserträge, Buchgewinne, Dividenden, Mieterträge
- 3) Realisierter Gewinn aus Verkauf Alpiq-Aktien 2020
- 4) Gesamtergebnis ohne Wertberichtigung Finanzvermögen

Mit einem Ertragsüberschuss von 82,5 Mio. Franken schliesst die Rechnung 2021 um 104,0 Mio. Franken besser ab als budgetiert. Das operative Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit weist einen Ertragsüberschuss von 109,8 Mio. Franken aus. Gegenüber dem Vorjahr verbesserte sich das Gesamtergebnis um 23,5 Mio. Franken und das operative Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit um 45,4 Mio. Franken.

Die Nettoinvestitionen sind mit 75,7 Mio. Franken um 38,6 Mio. Franken unter dem Budget und 17,9 Mio. Franken tiefer als im Vorjahr.

1.1 Die grössten Abweichungen zwischen Voranschlag und Rechnung 2021

Die grössten Abweichungen von mehr als 2 Mio. Franken zwischen dem Voranschlag und der Rechnung 2021 sind aus der nachfolgenden Zusammenstellung ersichtlich:

1.1.1 Erfolgsrechnung

Mehrertrag (Ergebnisverbesserung):	in Mio. Fr.
Kantonale Steuern (Staatssteuern NP inkl. Quellensteuer 49,2 / Staatssteuern JP 20,3 / Delkredere und Abschreibungen 19,0 / Nebensteuern 13,0)	101,5
Bundesanteile (Reingewinn SNB 42,6 / Verrechnungssteuern 7,7 / Direkte Bundessteuern -2,2)	47,4
Wasserwirtschaft	3,4
	152,3
Minderaufwand (Ergebnisverbesserung):	
Individuelle Prämienverbilligung KVG	8,8
Globalbudgets gesamthaft (Kap. 1.5)	6,4
Spitalbehandlungen gemäss KVG	3,2
Verlustscheine KVG	2,1
	20,5
Total ergebnisverbessernde Abweichungen der 7 Positionen:	172,8
Mehraufwand (Ergebnisverschlechterung):	
Gesundheitskosten COVID-19	26,3
Härtefallregelung COVID-19	25,4
COVID-19 Impfen	8,2
Schulgelder	5,9
EL Familien	5,2
Abschreibungen Kantonsstrassen	2,0
	73,0
Minderertrag (Ergebnisverschlechterung):	
Bussen Polizei	4,7
	4,7
Total ergebnisverschlechternde Abweichungen der 7 Positionen:	77,7

Weitere kleinere Positionen verbessern das Resultat insgesamt um 8,9 Mio. Franken (Differenz gesamthaft RE/VA21: 104,0 Mio. Franken).

1.1.2 Investitionsrechnung

Tiefere Nettoinvestitionen:	in Mio. Fr.
Kantonsstrassenbau	10,6
Bildungsbauten/Allg. Bauten	8,7
Wasserbau	5,7
Spitalbauten	3,8
Polizei	3,4
Informatik	2,7
MFK-Hochbauten	2,1
Total ergebnisverbessernde Abweichungen der 7 Positionen	37,0

Diverse kleinere Positionen über 1,6 Mio. Franken führen gegenüber dem Voranschlag 2021 zu tieferen Nettoinvestitionen von gesamthaft 38,6 Mio. Franken.

1.2 Die grössten Abweichungen zwischen Rechnung 2020 und Rechnung 2021

Die grössten Abweichungen von mehr als 2 Mio. Franken zwischen der Rechnung 2020 und der Rechnung 2021 sind aus der nachfolgenden Zusammenstellung ersichtlich:

1.2.1 Erfolgsrechnung

Mehrertrag (Ergebnisverbesserung):	in Mio. Fr.
Bundesanteile (Reingewinn SNB 42,6 / NFA 25,1 / VST 21,4 / DBST -2,9)	87,6
Kantonale Steuern (Delkredere -16,5 / Staatssteuern NP inkl. Quellensteuer 16,3 / Staatssteuern JP -6,8 / Nebensteuern -1,2)	27,3
	114,9
Minderaufwand (Ergebnisverbesserung):	
Äufnung Fonds Nothilfe COVID-19	4,7
Finanzausgleich Einwohnergemeinden	3,1
Gesundheitskosten COVID-19	2,7
Ergänzungsleistungen Familien	2,7
	13,2
Total ergebnisverbessernde Abweichungen der 6 Positionen	128,1
Mehraufwand (Ergebnisverschlechterung):	
Globalbudgets gesamthaft (Kap. 1.5) ¹⁾	17,6
Spitalbehandlungen KVG	13,1
Härtefallregelung COVID-19	9,4
COVID-19 Impfen	8,1
Regelsozialhilfe	4,7
Verordnung COVID-19 DBK	4,3
Ergänzungsleistungen IV	4,0
Schulgelder	3,4
Sonderschulen	2,4
Volksschulen	2,2
Grundstücke und Liegenschaften	2,2
Abschreibungen Kantonsstrassen	2,2
	73,6
Minderertrag (Ergebnisverschlechterung):	
Gewinn Verkauf Alpiq-Aktien	21,9
Wasserwirtschaft	6,9
	28,8
Total ergebnisverschlechternde Abweichungen der 14 Positionen	102,4

¹⁾ ohne Fachhochschule FHNW, welche ab 2021 als Finanzgrösse geführt wird.

Diese grössten Abweichungen führen zu einem um 25,7 Mio. Franken besseren Ergebnis als 2020 (Differenz gesamthaft RE20/RE21: 23,5 Mio. Franken).

1.2.2 Investitionsrechnung

Tiefere Nettoinvestitionen:	in Mio. Fr.
Spitalbauten	24,7
Total ergebnisverbessernde Abweichung der Position	24,7
Höhere Nettoinvestitionen:	
Kantonsstrassenbau	5,5
Total ergebnisverschlechternde Abweichung der Position	5,5

Die grössten Abweichungen führen zu 19,2 Mio. tieferen Nettoinvestitionen als im Vorjahr. Diverse kleinere Positionen fallen um 1,3 Mio. Franken höher aus als in der Rechnung 2020 (Differenz gesamthaft RE20/RE21: -17,9 Mio. Franken).

1.3 Finanzkennzahlen 2017 – 2021

Die nachfolgenden Kennzahlen zeigen die Entwicklung der kantonalen Finanzlage anhand der Staatsrechnungen 2017 bis 2021.

Kennzahlen (in Mio. Franken bzw. %)	2017	2018	2019	2020	2021
Operativer Cash Flow	- 102,6	- 141,8	- 180,6	- 124,3	- 170,7
Abschreibungen ¹	54,3	56,9	60,1	59,8	60,9
Operat. Ergebnis aus Verw.tätigkeit	- 48,3	- 84,9	- 120,5	- 64,4	- 109,8
Wertberichtigung Finanzvermögen ²⁺³	26,8	- 0,1	- 8,7	- 21,9	
Operatives Ergebnis ER	- 21,5	- 85,0	- 129,2	- 86,3	- 109,8
Abschreibung Bilanzfehlbetrag PKSO	27,3	27,3	27,3	27,3	27,3
Gesamtergebnis	5,8	- 57,7	- 101,9	- 59,0	- 82,5
Nettoinvestitionen	118,3	131,0	137,5	93,6	75,7
Finanzierungsergebnis	42,5	- 10,9	- 51,9	- 52,5	- 95,0
Operativer Selbstfinanzierungsgrad	64%	108%	131%	133%	225%
Gesamtabschreibungssatz	3,9%	3,9%	3,9%	3,8%	3,8%
Nettoverschuldung	1'413,0	1'397,9	1'346,1	1'293,6	1'198,5
Dito, in Franken pro Einwohner	5'180	5'090	4'870	4'640	4'260
Nettozinsaufwand total	15,6	15,3	14,0	16,7	17,0
Dito, in % der Staatssteuern	1,9%	1,8%	1,6%	2,0%	2,0%
Eigenkapital	116,4	201,3	330,6	416,9	526,7
EinwohnerInnen per Ende Jahr	273'015	274'748	276'469	278'640	281'415

¹ ohne Abschreibung Bilanzfehlbetrag PKSO (27,3 Mio. Franken)

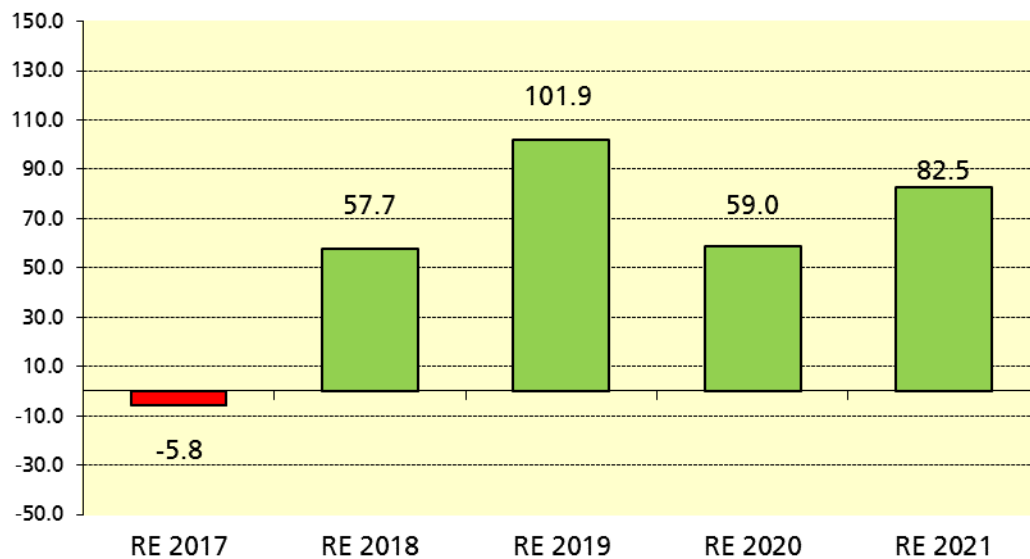
² Abwertung der Alpiq-Aktien per 31.12.2017 infolge Kursverlust und Aufwertung per 31.12.2019, realisierter Gewinn durch Verkauf 2020

³ Neubewertung des Finanzvermögens per 31.12.2018

Der operative Cash Flow liegt im 2021 mit 170,7 Mio. Franken um 46,4 Mio. Franken über dem entsprechenden Wert des Vorjahres (2020: 124,3 Mio. Franken), was einer Steigerung um 37% entspricht.

Gesamtergebnis Erfolgsrechnung

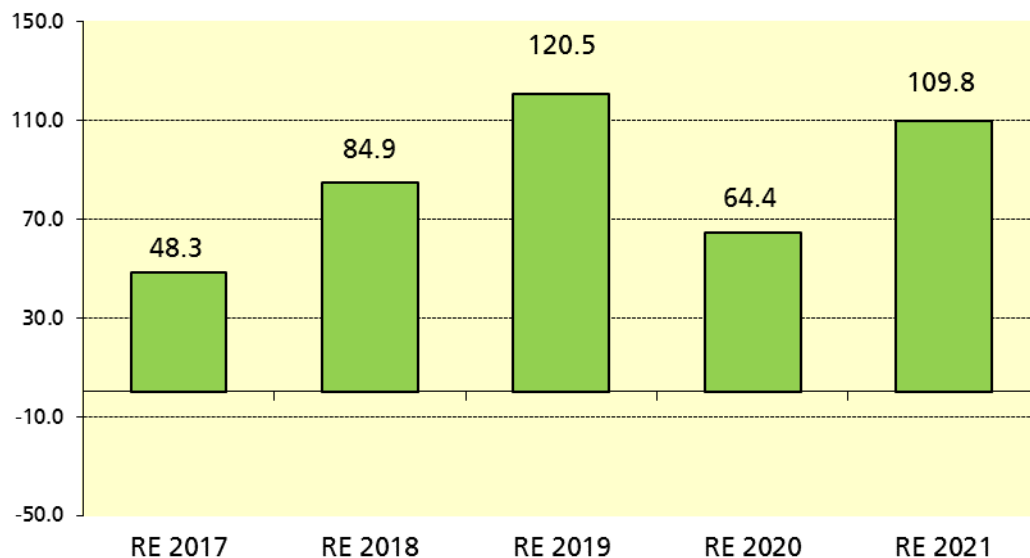
(in Mio. Franken)



Die Gesamtrechnung 2021 schliesst mit einem Ertragsüberschuss von 82,5 Mio. Franken ab. Dies entspricht einer Verbesserung von 23,5 Mio. Franken bzw. 40% gegenüber dem Vorjahr.

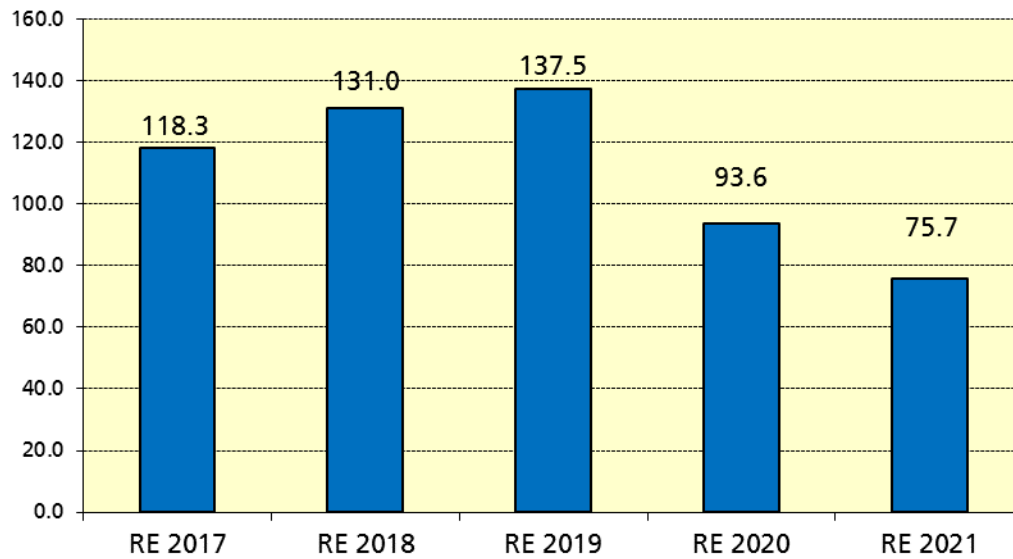
Operatives Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit

(in Mio. Franken)



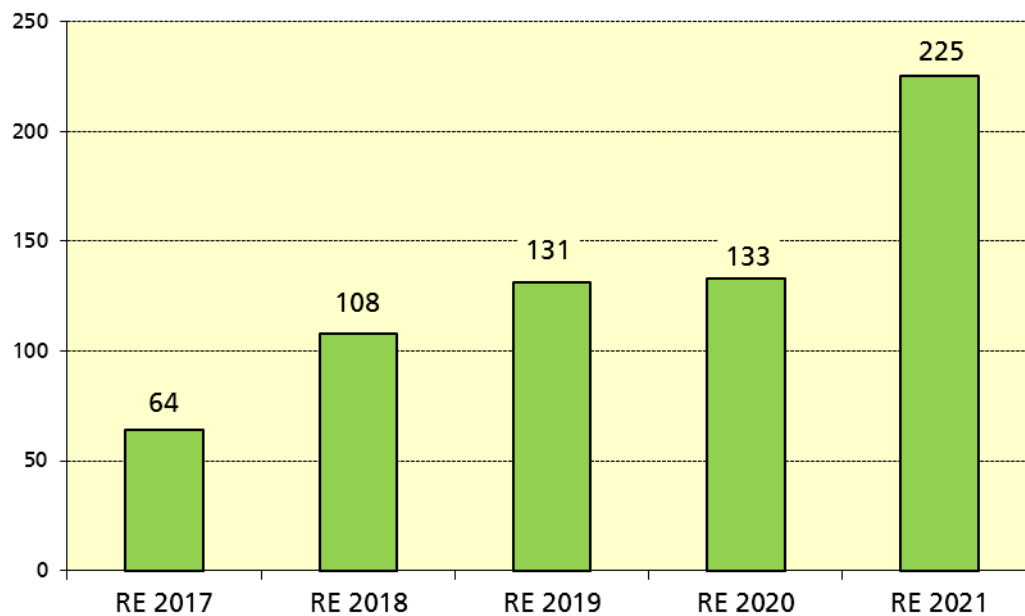
Das operative Ergebnis aus der Verwaltungstätigkeit weist seit 2016 einen Ertragsüberschuss aus. Im Jahr 2021 beträgt dieser 109,8 Mio. Franken. Trotz der anhaltenden COVID-19 Pandemie konnte das Ergebnis gegenüber dem Vorjahr um 45,4 Mio. Franken verbessert werden.

Nettoinvestitionen (in Mio. Franken)



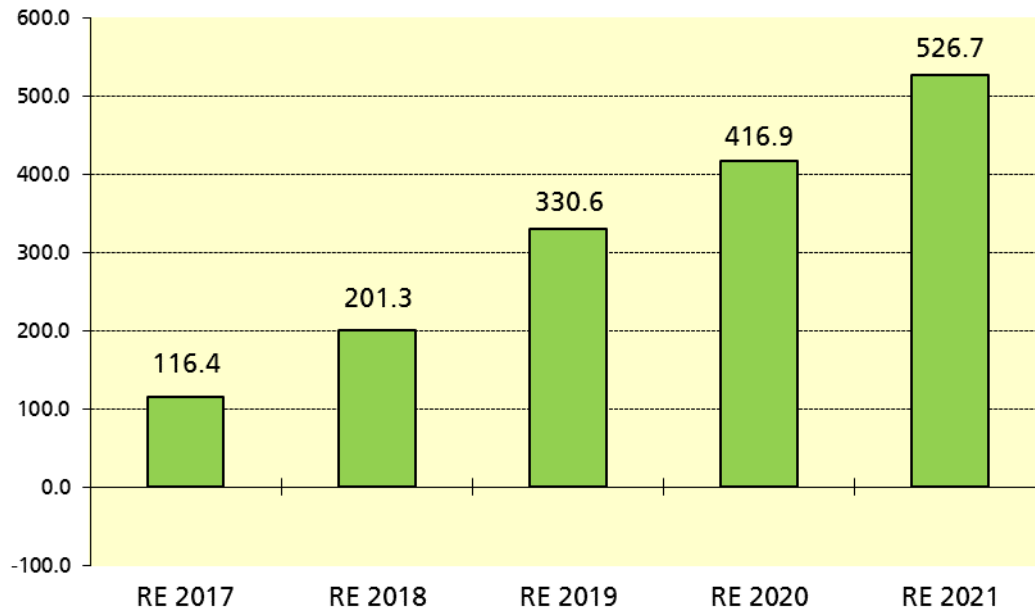
Gegenüber den Vorjahren nahmen die Nettoinvestitionen weiter ab und liegen nun bei 75,7 Mio. Franken. Dieser Rückgang ist insbesondere auf den Bereich Spitalbauten und diverse Verzögerungen bei Grossprojekten infolge Einsprachen und COVID-19 zurückzuführen.

Operativer Selbstfinanzierungsgrad in %



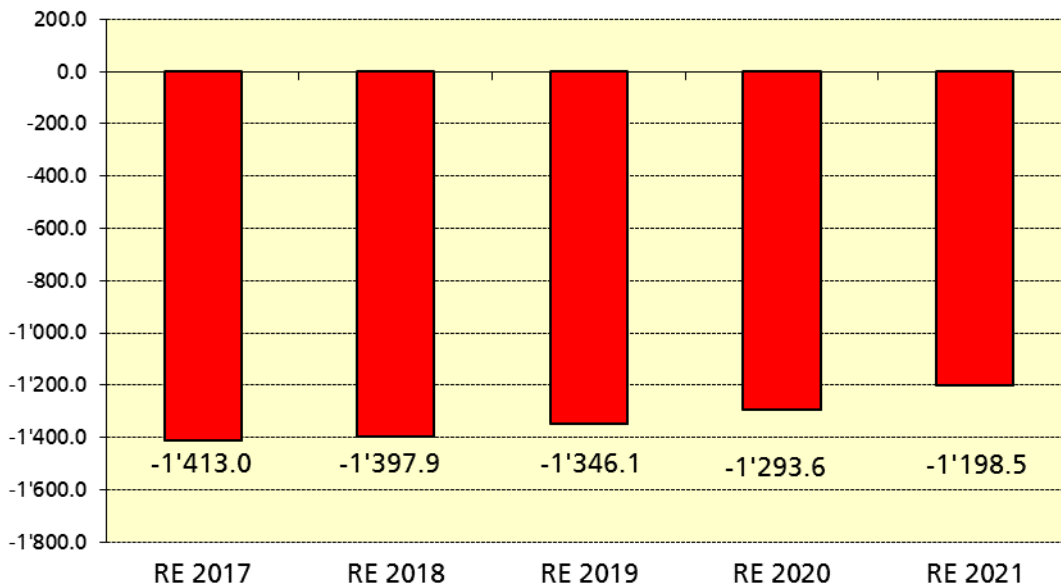
Der operative Selbstfinanzierungsgrad konnte weiter gesteigert werden. Ein Selbstfinanzierungsgrad grösser als 100% bedeutet, dass neben den laufenden Konsumausgaben auch die Investitionen vollständig aus den Erträgen finanziert werden können.

Eigenkapital (in Mio. Franken)



Mit den Spezialfinanzierungen im Eigenkapital, dem Bilanzfehlbetrag Ausfinanzierung PKSO sowie den Rücklagen (Wasserrechnung und Globalbudgetreserven) beträgt das Eigenkapital gesamthaft 526,7 Mio. Franken. Dies entspricht einer Zunahme von 109,8 Mio. Franken gegenüber dem Vorjahr.

Nettoverschuldung (in Mio. Franken)



Davon sind 900,6 Mio. Franken auf den Bilanzfehlbetrag der Ausfinanzierung der PKSO zurückzuführen. Die Nettoverschuldung konnte per 31.12.2021 um 95,1 Mio. Franken auf 1'198,5 Mio. Franken gesenkt werden.

1.4 Ergebnis nach Behörden und Departementen

1.4.1 Erfolgsrechnung

- Behörden

In Mio. Franken	RE20	VA21	RE21	Diff. 21
Aufwand	6,1	6,1	5,8	- 0,2
Ertrag	- 0,4	- 0,2	- 0,1	0,1
Verrechnungen	- 1,4	- 1,3	- 1,3	0
Saldo	4,3	4,6	4,5	- 0,1

Das leicht bessere Ergebnis gegenüber dem Voranschlag ist insbesondere auf Corona-bedingte tiefere Ausgaben des Regierungsrates zurückzuführen. Im Vorjahr ist ein ausserordentlicher Ertrag aus Rückerstattungen in der Höhe von 0,3 Mio. Franken im Zusammenhang mit dem Verkauf der Alpiq-Aktien enthalten.

- Staatskanzlei

In Mio. Franken	RE20	VA21	RE21	Diff. 21
Aufwand	12,9	13,8	13,2	- 0,6
Ertrag	- 2,9	- 2,8	- 2,4	0,4
Verrechnungen	- 6,9	- 7,0	- 6,9	0,1
Saldo	3,0	4,0	3,9	- 0,1

Eine geringere Anzahl von Rechtspraktikanten sowie Personalvakanzten einerseits und Einbussen im Lehrmittelgeschäft andererseits führten in der Rechnung 2021 zu einem Minderaufwand von 0,6 Mio. Franken und einem Minderertrag von 0,4 Mio. Franken gegenüber dem Voranschlag.

Im Vergleich zur Vorjahresrechnung 2020 fallen insbesondere die Einbussen im Lehrmittelgeschäft (netto 0,4 Mio. Franken) und erhöhte Ausgaben für Drucksachen (0,2 Mio. Franken) sowie Porti (0,1 Mio. Franken) ins Gewicht.

- Bau- und Justizdepartement

In Mio. Franken	RE20	VA21	RE21	Diff. 21
Aufwand	243,0	257,9	253,6	- 4,3
Ertrag	- 182,5	- 177,1	- 180,8	- 3,7
Verrechnungen	- 31,3	- 32,5	- 33,2	- 0,7
Saldo	29,1	48,3	39,6	- 8,7

Die Erfolgsrechnung des Bau- und Justizdepartements schliesst rund 8,7 Mio. Franken besser ab als geplant. Davon entfallen 2,3 Mio. Franken auf die Globalbudgets, welche damit um ca. 2% besser ausfallen als im Voranschlag geplant. Die grössten Abweichungen gegenüber dem Voranschlag zeigen sich bei den Löhnen (-1,6 Mio. Franken), bei den Beiträgen an öffentliche Unternehmen des ÖV (-2,2 Mio. Franken) sowie beim Winterdienst der Strassen (1,1 Mio. Franken).

Die Verbesserung bei den Finanzgrössen und Spezialfinanzierungen liegt bei ca. 15% (5,6 Mio. Franken). Wesentliche Abweichungen sind bei den Abschreibungen im Hochbau (-1,3 Mio. Franken), bei den Beiträgen des Amtes für Umwelt an die Gemeinden (-1,7 Mio. Franken), bei den Abschreibungen der Strassen (2,0 Mio. Franken), bei der Motorfahrzeugsteuer (1,3 Mio. Franken), bei den Beiträgen von privaten Unternehmern an Sanierungskosten (1,3 Mio. Franken) sowie bei den Bussen (-0,9 Mio. Franken) entstanden.

Die Verrechnungen bewegen sich im erwarteten Bereich.

- Departement für Bildung und Kultur

In Mio. Franken	RE20	VA21	RE21	Diff. 21
Aufwand	476,8	487,7	498,2	10,5
Ertrag	- 68,1	- 69,7	- 72,9	- 3,3
Verrechnungen	26,9	27,9	27,3	- 0,6
Saldo	435,6	446,0	452,6	6,6

Die Rechnung 2021 des Departementes für Bildung und Kultur schliesst mit einem Gesamtsaldo von 452,6 Mio. Franken 6,6 Mio. Franken oder 1,5% über dem Voranschlag 2021 ab.

Der Aufwand 2021 liegt 10,5 Mio. Franken oder 2,1% über dem Voranschlag 2021 (6,2 Mio. Franken Schulgelder: mehr Studierende an den Universitäten und den Fachhochschulen, 1,8 Mio. Franken Volksschule: mehr Personen in den integrativen sonderpädagogischen Massnahmen [ISM] und 2,0 Mio. Franken Massnahmen im Kulturbereich im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie).

Zum höheren Ertrag in der Rechnung 2021 haben die Beiträge des Bundes an die Massnahmen im Zusammenhang mit der COVID-19 Pandemie sowie mehr ausserkantonale Schüler an den Mittelschulen und in den Berufsbildungszentren beigetragen.

Gegenüber der Rechnung 2020 liegen der Aufwand und der Ertrag der Rechnung 2021 höher. Zum einen haben die Aufwendungen des Kantons und die Beiträge des Bundes an die Massnahmen im Zusammenhang mit der COVID-19 Pandemie im Kulturbereich zu diesem Ergebnis beigetragen (8,4 Mio. Franken Mehraufwand und 4,2 Mio. Franken Mehrertrag).

Der restliche Mehraufwand liegt hauptsächlich im Bereich Volksschule (7,9 Mio. Franken). Er ist auf höhere Beiträge an die Gemeinden aufgrund der Demografie, höhere Beiträge an Sonderschulheime aufgrund von mehr Schülerinnen und Schülern und Mehraufwand in den Heilpädagogischen Schulzentren aufgrund von mehr Personen in den integrativen sonderpädagogischen Massnahmen (ISM) zurückzuführen. Die Schulgelder liegen aufgrund mehr Studierenden an den Universitäten und Fachhochschulen 3,7 Mio. Franken höher.

- Finanzdepartement

In Mio. Franken	RE20	VA21	RE21	Diff. 21
Aufwand	156,4	160,7	138,3	- 22,4
Ertrag	- 1'605,3	- 1'550,3	- 1'682,5	- 132,2
Verrechnungen	9,2	5,6	8,4	2,8
Saldo	- 1'439,7	- 1'383,9	- 1'535,7	- 151,8

Die Rechnung des Finanzdepartements schliesst bei einem Gesamtsaldo von 1'535,7 Mio. Franken um 151,8 Mio. Franken besser ab als budgetiert.

Der Minderaufwand gegenüber dem Voranschlag ist auf die besseren Ergebnisse der Globalbudgets zurückzuführen, aber auch auf die Auflösung von Rückstellungen für Steuerausstände von 16,5 Mio. Franken.

Die grössten Veränderungen beim Ertrag gegenüber dem Voranschlag ergaben sich bei der Nationalbank durch die höhere Gewinnausschüttung von 42,6 Mio. Franken, bei den Staatssteuern der natürlichen Personen von 42,9 Mio. Franken, bei den Staatssteuern der juristischen Personen von 20,3 Mio. Franken, bei der Quellensteuer von 6,4 Mio. Franken, bei der Grundstückgewinnsteuer von 3,5 Mio. Franken, bei der Handänderungssteuer von 10,1 Mio. Franken, bei der Erbschaftssteuer und Nachlasssteuer von 2,2 Mio. Franken sowie bei der Verrechnungssteuer von 7,7 Mio. Franken. Demgegenüber sind Mindererträge zu verzeichnen bei der Direkten Bundessteuer von 2,2 Mio. Franken, bei den Ordnungsbussen im Steuerbereich von 1,8 Mio. Franken und bei den Verzugszinsen auf den Steuerguthaben von 2,7 Mio. Franken.

Im Vergleich zur Vorjahresrechnung fielen vor allem die höheren Einnahmen bei den Bundesanteilen wie die Ausschüttung der Nationalbank (42,6 Mio. Franken), dem Anteil Verrechnungssteuer (21,4 Mio. Franken) und dem NFA (25,1 Mio. Franken) ins Gewicht. Es waren aber auch höhere Einnahmen bei den Steuererträgen der natürlichen Personen (15,9 Mio. Franken) und Mehreinnahmen bei den

Handänderungssteuern (2,9 Mio. Franken) zu verzeichnen.

Demgegenüber waren Mindererträge bei den Steuereinnahmen der juristischen Personen (6,8 Mio. Franken) und bei der Erbschaftssteuer und Nachlasssteuer (4,9 Mio. Franken) zu verzeichnen. Im Weiteren konnte im Vorjahr ein einmalig realisierter Gewinn durch den Verkauf der Alpiq-Aktien (21,9 Mio. Franken) gutgeschrieben werden.

- Departement des Innern

In Mio. Franken	RE20	VA21	RE21	Diff. 21
Aufwand	1'156,8	1'178,3	1'190,8	12,5
Ertrag	- 395,2	- 410,0	- 399,5	10,5
Verrechnungen	1,9	3,0	3,5	0,5
Saldo	763,5	771,3	794,7	23,4

Die Rechnung 2021 überschreitet den Voranschlag um 23,4 Mio. Franken. Hauptgründe sind Mehraufwände im Bereich Gesundheit von 33,5 Mio. Franken durch nicht geplante Ausgaben im Zusammenhang mit der Covid-19 Pandemie, insbesondere für die Abgeltung von Ertragsausfällen und Mehrkosten der innerkantonalen Spitäler (25,0 Mio. Franken) sowie Kosten für die Aufgaben der Pandemiebewältigung (20,3 Mio. Franken). Im Bereich Soziale Sicherheit schliesst die Rechnung um 10,5 Mio. Franken unter dem Budget, dies hauptsächlich durch tiefere Aufwände für Prämienverbilligungen (8,8 Mio. Franken) und Verlustscheine (2,1 Mio. Franken) gemäss KVG.

Gegenüber dem Vorjahr schliesst die Rechnung 2021 um 31,2 Mio. Franken höher ab. Die Aufwände im Bereich Gesundheit stiegen um 27,7 Mio. Franken durch höhere Spitalbehandlungskosten gemäss KVG (13,1 Mio. Franken) und gestiegene Aufwände im Bereich der Pandemiebewältigung (11,4 Mio. Franken; insbesondere Personalaufwände für befristete Stellen und für den Bereich Impfen). Die Aufwände im Bereich öffentliche Sicherheit stiegen um 4,7 Mio. Franken, dies bei der Polizei (2,4 Mio. Franken) vor allem durch Mindererträge bei den Bussen begründet durch zunehmende Verkehrsdichte und tempokonformes Fahrverhalten und beim Amt für Justizvollzug (2,0 Mio. Franken), insbesondere durch den schrittweise geplanten Personalaufbau in den Untersuchungsgefängnissen und dem Gesundheitsdienst.

- Volkswirtschaftsdepartement

In Mio. Franken	RE20	VA21	RE21	Diff. 21
Aufwand	281,1	266,0	297,2	31,2
Ertrag	- 160,8	- 159,6	- 164,5	- 4,9
Verrechnungen	- 0,8	2,1	- 0,1	- 2,0
Saldo	119,5	108,5	132,5	24,1

Aufgrund von Covid-19 schliesst das Volkswirtschaftsdepartement um 24,1 Mio. Franken schlechter ab als budgetiert. Das schlechtere Ergebnis der laufenden Rechnung ergibt sich im Wesentlichen aufgrund des Kantonsanteils der Kosten für die Härtefallmassnahmen (25,4 Mio. Franken) sowie des Vollzugs der Härtefallmassnahmen nach Covid-19-Gesetz (2,6 Mio. Franken).

Das Volkswirtschaftsdepartement ohne Härtefallmassnahmen schliesst um 4,0 Mio. Franken besser ab als budgetiert. Das bessere Ergebnis der laufenden Rechnung ohne die Härtefallmassnahmen ergibt sich aufgrund der besseren Ergebnisse der Globalbudgets – mit Ausnahme von "Wirtschaft und Arbeit" – und den besseren Ergebnissen der meisten Finanzgrössen.

Das Departementssekretariat schliesst um 28,1 Mio. Franken schlechter ab als budgetiert. Die zusätzlichen Aufgaben durch die Konzipierung, den Vollzug und die Überwachung der Härtefallmassnahmen unter zeitgleicher Übernahme und Integration der damit beauftragten Fachstelle Standortförderung (FAST) ins Departementssekretariat per 01.01.2021 erforderten eine Aufstockung des Personals im Rechtsdienst und im Controlling sowie den zusätzlichen Einsatz sämtlicher Abteilungen inkl. der Stiftungsaufsicht. Mit Ernst&Young wurde zudem zusätzlich ein externes Unternehmen mit der Gesuchsprüfung beauftragt. Es wurden 780 Zahlungen getätigt (Akonto-, Rest- und Vollzahlungen) und so bisher knapp 80 Mio. Franken an die Wirtschaft überwiesen. Weiter wurden 34 Gesuche auf Mietzinsreduktion eingereicht. Davon wurden 18 bewilligt und knapp 80'000 Franken ausbezahlt. Mit dem Vollzug der Härtefallmass-

nahmen wurde ein neuer Aufgabenbereich geschaffen und mit der Fachstelle Standortförderung vom Departementssekretariat übernommen. Für den Vollzug des Härtefallprogramms entstanden nicht budgetierte Kosten von 2,6 Mio. Franken. Der Kantonsanteil an den Härtefallmassnahmen beträgt 25,4 Mio. Franken.

Das Globalbudget «Wirtschaft und Arbeit» schliesst um 1,3 Mio. Franken schlechter ab als budgetiert. Das ganze Team der Fachstelle Standortförderung war sehr stark mit der Bearbeitung der Härtefallgesuche beansprucht. Die Rekrutierungen für die vakanten Stellen fanden erst im Laufe der zweiten Jahreshälfte statt (0,3 Mio. Franken). Aufgrund der Pandemie sind auch die Kosten für Anlässe, Tagungen, Ausstellungen, Messen und Promotion tiefer ausgefallen (0,13 Mio. Franken). Die Beiträge an Wirtschafts- und Tourismusorganisationen sowie der Organisationen der Anlaufstellen sind aufgrund der effektiv abgerechneten Aktivitäten ebenfalls tiefer ausgefallen (0,05 Mio. Franken).

Durch den Vollzug der COVID-19-Verordnung des Bundes (Kontrolle der Schutzkonzepte bei Betrieben und Veranstaltungen) entstanden zusätzliche Personal- und Materialkosten (0,7 Mio. Franken). Mindererträge ergaben sich bei den Jahresumsatzgebühren im Gastgewerbe (0,9 Mio. Franken). Diese wurden den Betrieben im 2021 generell erlassen. Demgegenüber stehen höhere Erträge bei den Gebühren für das Eich- und Messwesen (0,2 Mio. Franken).

Die Kosten für die Beiträge des Kantons an der Durchführung der öffentlichen Arbeitsvermittlung und den arbeitsmarktlichen Massnahmen sowie der Beteiligung des Kantons an den Kosten für Bildungs- und Beschäftigungsmassnahmen nach Art 59d AVIG sind aufgrund der negativen wirtschaftlichen Auswirkungen von COVID-19 um 0,5 Mio. Franken höher ausgefallen als budgetiert.

Die Energiefachstelle schliesst um 0,3 Mio. Franken besser ab als budgetiert. Hier konnte die im Voranschlag 2021 budgetierte Stelle noch nicht besetzt werden (0,2 Mio. Franken). Das Anforderungsprofil der neuen Stelle soll noch mit dem überarbeiteten Energiekonzept abgestimmt werden. Weiter konnte die Eigenheimmesse 2021 aufgrund der Corona-Lage nicht durchgeführt werden (0,1 Mio. Franken).

Das Amt für Gemeinden (Gemeinden und Zivilstandsdienst) schliesst im Globalbudget um 0,1 Mio. Franken besser ab als budgetiert. Im Profitcenter Finanzausgleiche und Fusionsbeiträge fällt der Staatsbeitrag an den Finanzausgleich der Kirchgemeinden 2,1 Mio. Franken tiefer aus als budgetiert.

Das Globalbudget «Wald, Jagd und Fischerei» schliesst um 0,7 Mio. Franken tiefer ab als budgetiert, dies vor allem aufgrund erhöhter Bundesbeiträge für den Umgang mit dem Klimawandel im Wald. Die Ausgaben für die Sanierung von Wegbauten fielen 2021 tiefer aus als budgetiert, da weniger Projekte und diese teilweise günstiger ausgeführt werden konnten.

Die Landwirtschaft schliesst im Globalbudget um 1,2 Mio. Franken besser ab als budgetiert. Ein für gesuchte Positionen ausgetrockneter Arbeitsmarkt führte dazu, dass geplante Pensen noch nicht besetzt werden konnten. Zudem wurden längere Abwesenheiten wegen Unfall, Krankheit oder Mutterschaft mit entsprechender interner Organisation überbrückt.

Weiter führten geringere Aufwände für Leistungen von Dritten (u.a. Leistungsauftrag Solothurnische Landwirtschaftliche Kreditkasse) sowie für Anschubfinanzierungen im Rahmen des Mehrjahresprogrammes Landwirtschaft zum besseren Ergebnis. Zudem war der Aufwand für die Ressourcenprogramme geringer als geplant. Weiter war wegen der Limitierung der Bundesmittel für Strukturverbesserungsmassnahmen der Aufwand bei den Finanzgrössen tiefer als budgetiert.

Das Globalbudget «Militär und Bevölkerungsschutz» schliesst um 0,8 Mio. Franken besser ab als budgetiert. Minderaufwand findet sich im personellen Bereich sowie beim Beschaffungswesen. In der Militärverwaltung wurden 1,2 Pensen unter Vorbehalt nicht wiederbesetzt. Beim Wehrpflichtersatz fällt der Ertrag um 0,4 Mio. Franken höher aus als budgetiert.

- Gerichte

In Mio. Franken	RE20	VA21	RE21	Diff. 21
Aufwand	27,8	25,8	28,3	2,5
Ertrag	- 4,5	- 5,3	- 5,2	0,1
Verrechnungen	2,5	2,1	2,3	0,2
Saldo	25,8	22,7	25,5	2,8

Die Kostensteigerung von 2,8 Mio. Franken wurde im Wesentlichen verursacht durch Zusatzkosten bei

den «Abschreibungen und Erlasse Strafsachen» sowie Mehrauslagen für Honorare «amtliche Verteidigungen» und «unentgeltliche Rechtspflege». Diese Kosten werden von der unabhängigen Richterschaft festgesetzt, ihre Höhe hängt vom Prozessanfall und -ausgang sowie von den jeweiligen Fallkonstellationen ab. Sie sind nicht steuer- und nicht planbar. Andererseits fielen die Entscheidungsbühren tiefer aus als budgetiert. Dies, weil Verhandlungen pandemiebedingt ausfielen oder verschoben werden mussten.

1.4.2 Investitionsrechnung

- Bau- und Justizdepartement

In Mio. Franken	RE20	VA21	RE21	Diff. 21
Ausgaben	98,1	107,3	72,7	- 34,6
Einnahmen	- 16,1	- 11,5	- 7,9	3,6
Nettoinvestitionen	82,0	95,7	64,8	- 30,9

Im Jahr 2021 wurde der Voranschlag der Nettoinvestitionen im Bereich des Bau- und Justizdepartementes um rund 30,9 Mio. Franken unterschritten. Die Nettoinvestitionen lagen damit bei 64,8 Mio. Franken. Im Bereich Hochbau wurde der Voranschlag um 14,6 Mio. Franken unterschritten. Massgeblich dafür waren Projektverzögerungen aufgrund verschiedener Ursachen (Verschiebungen aufgrund der Pandemie, Einsprachen, ausstehende Nutzerentscheidungen).

Im Strassenbau fielen die Nettoinvestitionen um 10,6 Mio. Franken tiefer aus als budgetiert. Die Budgetabweichungen betrafen vor allem die Grossprojekte. Hier kam es verschiedentlich zu Verzögerungen im Bewilligungsverfahren aufgrund von Einsprachen/Beschwerden.

Im Wasserbau fielen die Bruttoinvestitionen um 5,0 Mio. Franken tiefer aus als geplant. Hauptursächlich sind nicht beanspruchte Reserven und Sicherheiten bei der Emme, effizienter Arbeitsfortschritt und Verzögerungen bei Kleinprojekten. Weiter fielen die Beiträge des Bundes an die Emme höher aus als angenommen (0,7 Mio. Franken).

- Departement für Bildung und Kultur

In Mio. Franken	RE20	VA21	RE21	Diff. 21
Ausgaben	1,3	2,6	1,2	- 1,4
Einnahmen	- 1,7	- 2,0	- 2,0	0
Nettoinvestitionen	- 0,4	0,6	- 0,8	- 1,4

Die Ausgaben der Rechnung 2021 liegen 1,4 Mio. Franken unter dem Voranschlag. Es wurden weniger Darlehen ausbezahlt (0,7 Mio. Franken) als aufgrund der Rechnung 2019 bei der Budgetierung angenommen wurde. Durch den Anstieg bei den Stipendien wurden weniger Darlehen in Anspruch genommen. Weiter haben die Organisationen der Arbeitswelt weniger Investitionsbeiträge beantragt und aufgrund von Lieferverzögerungen infolge der COVID-19-Pandemie konnten weniger Informatikmittel an den kantonalen Schulen angeschafft werden.

Gegenüber der Rechnung 2020 haben sich die Ausgaben des Jahres 2021 praktisch nicht verändert. Die Einnahmen liegen höher, weil mehr Darlehen zurückbezahlt wurden. Die Darlehen sind innert acht Jahren nach Abschluss der Ausbildung zurückzuzahlen, davon sind die ersten vier Jahre zinsfrei. Das erschwerte die Budgetierung.

- Finanzdepartement

In Mio. Franken	RE20	VA21	RE21	Diff. 21
Ausgaben	7,1	9,0	6,3	- 2,7
Einnahmen	0	0	0	0
Nettoinvestitionen	7,1	9,0	6,3	- 2,7

Die im Vergleich zum Voranschlag und zum Vorjahr tieferen Ausgaben im Berichtsjahr sind begründet durch Projektverschiebungen aufgrund der Corona-Pandemie.

- Departement des Innern

In Mio. Franken	RE20	VA21	RE21	Diff. 21
Ausgaben	3,0	5,9	3,0	- 2,9
Einnahmen	0	0	0	0
Nettoinvestitionen	3,0	5,9	3,0	- 2,9

Die Investitionsrechnung schliesst mit Nettoausgaben von 3,0 Mio. Franken auf Vorjahresniveau ab, liegt jedoch 2,9 Mio. Franken unter Budget. Diverse Projekte mussten aus technischen und organisatorischen sowie vor allem auch aufgrund von Abhängigkeiten von Dritten auf 2022 und die Folgejahre verschoben werden.

- Volkswirtschaftsdepartement

In Mio. Franken	RE20	VA21	RE21	Diff. 21
Ausgaben	3,6	6,7	4,6	- 2,1
Einnahmen	- 1,6	- 3,5	- 2,2	1,3
Nettoinvestitionen	2,0	3,2	2,4	- 0,8

Bei Wirtschaft und Arbeit wurden Darlehen in der Höhe von 0,2 Mio. Franken zurückbezahlt. Die Ausgaben für die Sanierung von Wegbauten fielen 0,4 Mio. Franken tiefer aus als budgetiert, da weniger Projekte und diese teilweise günstiger ausgeführt werden konnten. Wegen der Limitierung der Bundesmittel (0,2 Mio. Franken) gab es einen geringeren Bedarf an Investitionsbeiträgen für Strukturverbesserungsmassnahmen in der Landwirtschaft. Zudem wurde der Investitionsbeitrag für Betriebshilfedarlehen von der Solothurnischen Landwirtschaftlichen Kreditkasse nicht beansprucht (0,2 Mio. Franken).

1.5 Globalbudgets

Globalbudgetsaldo (in Mio. Fr.)	RE20	VA21	RE21	Diff. RE/VA21	Diff. in %
Stabsdienstleistungen für den Kantonsrat	0.8	0.8	0.8	0.0	2.5%
Dienstleistungen der Staatskanzlei	7.9	8.5	8.1	-0.4	-5.2%
Drucksachen und Lehrmittel	2.1	2.5	2.7	0.2	9.2%
Führungsunterstützung BJD und amtliche Geoinformation	3.8	4.5	4.1	-0.4	-9.8%
Raumplanung	3.1	3.5	3.4	0.0	-0.9%
Hochbau	25.9	25.8	25.4	-0.4	-1.4%
Strassenbau	28.1	29.4	30.9	1.4	4.9%
Öffentlicher Verkehr	36.0	35.5	33.9	-1.5	-4.3%
Umwelt	9.6	10.3	10.0	-0.3	-3.2%
Denkmalpflege und Archäologie	3.0	3.1	3.0	-0.1	-4.6%
Administrative und technische Verkehrssicherheit	-3.8	-3.7	-4.2	-0.5	12.4%
Staatsanwaltschaft	5.8	7.2	6.9	-0.4	-5.2%
Jugendanwaltschaft	2.4	2.9	2.8	-0.1	-2.6%
Führungsunterstützung DBK	10.2	10.6	10.4	-0.2	-1.8%
Volksschule	30.8	31.5	33.9	2.4	7.6%
Berufsbildung, Mittel- und Hochschulwesen	8.8	9.9	9.9	0.1	0.7%
Mittelschulbildung	38.4	39.1	39.0	-0.1	-0.2%
Berufsschulbildung	31.6	32.6	31.6	-1.0	-3.1%
Fachhochschulbildung	37.2	0.0	0.0	0.0	0.0%
Kultur und Sport	9.5	8.4	8.2	-0.2	-2.7%
Führungsunterstützung FD und Amtschreibereiaufsicht	1.9	1.8	1.8	0.0	0.1%
Amtschreiberei-Dienstleistungen	-11.4	-11.4	-12.5	-1.2	10.3%
Finanzen und Statistik	-0.7	0.1	-0.5	-0.7	n.a.
Personalwesen	3.5	4.2	3.8	-0.4	-9.4%
Steuerwesen	16.1	15.9	13.6	-2.4	-14.8%
Informationstechnologie	16.9	19.7	19.0	-0.8	-3.8%
Staatsaufsichtswesen	1.0	1.2	1.2	-0.1	-4.3%
Gesundheitsversorgung	38.8	45.2	47.3	2.1	4.7%
Soziale Sicherheit	18.0	17.5	16.6	-0.9	-5.1%
Migration	4.2	4.8	4.5	-0.3	-6.1%
Justizvollzug	4.5	6.9	5.9	-1.0	-13.9%
Polizei	82.8	84.9	83.0	-1.9	-2.2%
Führungsunterstützung VWD	1.4	1.3	4.0	2.6	197.4%
Wirtschaft und Arbeit	3.1	3.0	3.9	0.9	28.7%
Energiefachstelle	0.6	0.9	0.6	-0.3	-29.4%
Gemeinden und Zivilstandsdienst	2.6	2.6	2.5	-0.1	-5.3%
Wald, Jagd und Fischerei	2.4	3.3	3.1	-0.1	-4.1%
Landwirtschaft	9.1	9.9	9.1	-0.8	-8.0%
Militär und Bevölkerungsschutz	5.3	5.2	4.7	-0.4	-8.2%
Gerichte	18.2	17.0	17.7	0.7	4.0%
Total Aufwandüberschuss	509.6	496.4	490.0	-6.4	-1.3%

2 Rahmenbedingungen

Materiell waren vor allem die folgenden finanzpolitischen Rahmenbedingungen und Budgetbeschlüsse zu berücksichtigen:

Wirtschaftswachstum 2021

Gemäss den vorliegenden provisorischen Ergebnissen wuchs das BIP 2021 gegenüber dem Vorjahr um 3,7%. Damit erholte sich die Schweizer Wirtschaft verhältnismässig rasch vom Einbruch von 2020 (-2,4%). Im Sommer 2021 wurde das Vorkrisenniveau der Wertschöpfung bereits überschritten.

Nahezu alle Wirtschaftsbereiche wurden 2021 von der Erholung erfasst, wenn auch in unterschiedlichem Ausmass. Das verarbeitende Gewerbe und damit die Warenexporte wuchsen stark. Auch weite Teile des Dienstleistungssektors erholten sich. In den besonders von der Pandemie bzw. den gesundheitspolitischen Massnahmen betroffenen Dienstleistungsbranchen lag die Wertschöpfung aber noch deutlich unter den Vorkrisenniveaus.

Nach zwei überdurchschnittlich starken Quartalen mit einem Wachstum von 1,8% (2. Quartal) und 1,9% (3. Quartal) wuchs das BIP im 4. Quartal mit 0,3% deutlich schwächer. Die wieder verschärften Corona-Massnahmen wirkten sich vor allem auf den Dienstleistungssektor aus.

Der Arbeitsmarkt erholte sich ebenfalls. Im Januar und Februar 2021 bezogen knapp 10% der Beschäftigten in der Schweiz Kurzarbeitsentschädigung. Seither nahm die Anzahl Bezüger kontinuierlich ab und betrug Ende November 2021 0,9% (45'000 Beschäftigte). Für das Berichtsjahr 2021 resultiert im Jahresmittel eine Arbeitslosenquote von 3,0%, was einer Abnahme um 0,1 Prozentpunkte gegenüber 2020 (3,1%) entspricht. Im Kanton Solothurn waren 2021 im Durchschnitt 4'356 Personen arbeitslos (2020: 4'292 Personen). Dies entspricht einer Arbeitslosenquote von durchschnittlich 2,9%, wobei sich die Arbeitslosenquote vom Januar 2021 von 3,5% auf 2,7% im Dezember 2021 gesenkt hat.

Nachdem die durchschnittliche Jahreststeuerung 2020 -0,7% betrug, stieg sie 2021 auf 0,6% an. Steigende Preise hoben den Landesindex der Konsumentenpreise (LIK) von -0,6% im Januar auf 1,6% im Dezember an.

Staatssteuer

Im Jahr 2021 wurde eine Staatssteuer von 104% für die natürlichen und 100% für die juristischen Personen erhoben.

Löhne

Die Lohnmassnahmen werden alljährlich von den Sozialpartnern (GAVKO) ausgehandelt. Der Regierungsrat und die Personalverbände haben am 25. August 2020 gemeinsam entschieden, auf eine Lohnerhöhung in Form eines Teuerungsausgleichs und einer Realloohnerhöhung zu verzichten. Dies in Anbetracht der schwierigen wirtschaftlichen Situation infolge der Corona-Pandemie, der daraus resultierenden Folgen (Zusatzkosten und gleichzeitig erwarteten Mindereinnahmen) sowie des Vergleichs zur stark betroffenen Wirtschaft, auch wenn die kantonalen Angestellten teilweise pandemiebedingten Zusatzbelastungen ausgesetzt waren bzw. immer noch sind. Die Löhne wurden mit dem Regierungsratsbeschluss Nr. 2020/1190 vom 25. August 2020 auf dem Stand des Voranschlages 2020 beibehalten.

Ausfinanzierung Pensionskasse des Kantons Solothurn (PKSO)

Nach dem Volksentscheid vom 28. September 2014 wurde die Pensionskasse Kanton Solothurn für 1,1 Mrd. Franken ausfinanziert. Die Abschreibungskosten des Finanzfehlbetrages von jährlich 27,3 Mio. Franken während den nächsten 40 Jahren sind in der Rechnung 2021 enthalten. Ebenfalls sind die Leistungen der Versicherten, der Solothurner Spitäler AG (soH) und der Schulgemeinden entsprechend mitberücksichtigt (4,5% der Arbeitgeberbeiträge an die Ausfinanzierungskosten). Per 31.12.2021 beträgt der Stand des Ausfinanzierungsdarlehens gegenüber der PKSO noch 274,2 Mio. Franken.

Treibstoffzollanteil, LSVA und Globalbeiträge Hauptstrassen

Der Allgemeine Treibstoffzollanteil von 8,4 Mio. Franken (Vorjahr: 7,8 Mio. Franken) sowie die Globalbeiträge des Bundes an die Hauptstrassen gemäss NFA von 2,3 Mio. Franken (Vorjahr: 2,3 Mio. Franken) wurden vollumfänglich der Strassenrechnung zugewiesen. Der Ertrag aus der Leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA) von 13,7 Mio. Franken (Vorjahr: 12,9 Mio. Franken) wurde zur Hälfte der Strassenrechnung zugewiesen.

Rückstellungen

Mit dem Rechnungsabschluss 2021 wurden folgende Rückstellungen erhöht:

- Härtefallregelung (COVID-19) 3,7 Mio. Franken
- Dienststellen 1,7 Mio. Franken

Folgende Rückstellungen wurden vermindert:

- Ertragsausfälle Spitäler (COVID-19) 16,5 Mio. Franken
- Planungsmehrwert Attisholz-Süd 5,0 Mio. Franken

Verzinsung Spezialfinanzierung

Im Rechnungsjahr 2021 wurde, wie bereits in den Vorjahren, auf die Verzinsung der Spezialfinanzierungen verzichtet, soweit das Gesetz im Einzelfall nicht zwingend eine Verzinsung vorschreibt.

Formelle Grundlage

Formell richtet sich der Geschäftsbericht 2021 nach der per 1. Januar 2005 in Kraft getretenen WoV-Gesetzgebung (Gesetz über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003; WoV-G; BGS 115.1). Für den Geschäftsbericht findet insbesondere § 24 WoV-G Anwendung.

3 Die grössten Aufwandpositionen

3.1 Besoldungskosten

Vergleich der Besoldungskosten Voranschlag / Rechnung 2021 (in Mio. Franken):

Departement	VA21	RE21	Diff. abs.	Diff. in %
Behörden	3.0	3.1	0.1	1.7%
Staatskanzlei	5.5	5.1	-0.4	-7.2%
Bau und Justiz	56.4	54.5	-1.9	-3.5%
Bildung und Kultur				
- Lehrkräfte	84.2	85.6	1.4	1.7%
- Verwaltungspersonal	34.4	35.7	1.3	3.7%
Finanz	57.1	55.2	-1.9	-3.3%
Inneres	104.8	111.8	7.0	6.7%
Volkswirtschaft	35.9	38.8	2.9	8.2%
Gerichte				
- Richter	5.0	4.9	-0.2	-3.1%
- Verwaltungspersonal	11.7	11.7	0.0	0.1%
Total Besoldungen	398.0	406.4	8.3	2.1%

Die obige Tabelle zeigt bei den Besoldungen gegenüber dem Voranschlag eine Abweichung von 8,3 Mio. Franken oder 2,1%. Die wesentlichsten Abweichungen erklären sich wie folgt:

- In der Staatskanzlei führten eine geringere Anzahl von Rechtspraktikanten sowie Personalvakanzan bzw. Mutationsgewinne im Staatsarchiv und beim Datenschutz zu tieferen Besoldungskosten.
- Im BJD wurden die veranschlagten Besoldungskosten aufgrund verschiedener Vakanzen und länger dauernden Wiederbesetzungen unterschritten.
- Im Departement für Bildung und Kultur ist sowohl der Anstieg bei den Lehrkräften als auch beim Verwaltungspersonal hauptsächlich in den Heilpädagogischen Schulzentren angesiedelt. Mehr integrative sonderpädagogische Massnahmen (ISM) benötigen mehr pädagogisches Personal sowie mehr Betreuungspersonal.
- Der Minderaufwand beim Finanzdepartement resultiert aus Stellen bei den Amtschreibereien, beim Steueramt und im Informatikbereich, die nicht oder nur verzögert besetzt werden konnten.
- Der Mehraufwand beim Departement des Innern erfolgt aufgrund eines Mehrbedarfs an befristeten Stellen im Contact Tracing sowie im Team Pandemiebewältigung.

- Aufgrund der Auswirkungen der Corona-Pandemie auf den Arbeitsmarkt wurde im Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA) massiv Personal für Kontrolleure Schutzkonzepte, beim RAV sowie bei der Arbeitslosenkasse aufgebaut. Diese zusätzlichen Stellen sind bis auf die Kontrolleure Schutzkonzepte vollständig vom Bund finanziert. Gegen Ende 2021 zeichnete sich eine Entspannung ab, so dass erste Stellen beim RAV sowie bei der Arbeitslosenkasse abgebaut werden konnten. Im Departementssekretariat jedoch mussten für die Administration der Härtefallmassnahmen zeitlich befristet Stellen aufgebaut werden. Bei den restlichen Ämtern ergaben sich dagegen nur unwesentliche Änderungen im Personalbestand.
- Die Minderaufwendungen bei den Richtern gründen einerseits auf nicht gänzlich ausgeschöpfte Kredite des Obergerichts (Ersatzrichter) und der fünf Amtsgerichte (Amts- und Ersatzrichter).

Vergleich der Besoldungskosten Rechnung 2020 / Rechnung 2021 (in Mio. Franken):

Departement	RE20	RE21	Diff. abs.	Diff. in %
Behörden	3.0	3.1	0.1	2.6%
Staatskanzlei	5.1	5.1	0.0	-0.2%
Bau und Justiz	53.4	54.5	1.1	2.1%
Bildung und Kultur				
- Lehrkräfte	83.1	85.6	2.5	3.0%
- Verwaltungspersonal	33.9	35.7	1.8	5.4%
Finanz	54.6	55.2	0.7	1.2%
Inneres	100.3	111.8	11.5	11.5%
Volkswirtschaft	37.1	38.8	1.8	4.8%
Gerichte				
- Richter	4.9	4.9	0.0	0.2%
- Verwaltungspersonal	11.6	11.7	0.1	0.8%
Total Besoldungen	386.8	406.4	19.5	5.0%

Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich der Besoldungsaufwand um 19,5 Mio. Franken oder 5,0%. Die Begründungen entsprechen teilweise denjenigen zum Vergleich Voranschlag/Rechnung. Zusätzlich zu erwähnen sind:

- Die Zunahme im Bau- und Justizdepartement ist hauptsächlich auf die Veränderungen im Pensenbestand beim Amt für Raumplanung und der Staatsanwaltschaft zurückzuführen.
- Im Departement für Bildung und Kultur ist der Anstieg bei den Lehrkräften einerseits auf mehr Personen in den ISM andererseits auf mehr Schülerinnen und Schüler und mehr Klassen in den Mittelschulen zurückzuführen.
- Der Anstieg beim Verwaltungspersonal vom Departement für Bildung und Kultur ist ebenfalls Folge von mehr Personen in den ISM (mehr Betreuungspersonal).

- Im Finanzdepartement ist die Zunahme der Besoldungskosten auf zusätzliche Stellen beim Amt für Informatik und Organisation sowie beim Personalamt zurückzuführen.
- Der Besoldungsanstieg im Departement des Innern ist auf den Mehrbedarf an befristeten Stellen im Contact Tracing und im Team Pandemiebewältigung zurückzuführen sowie auf den geplanten Stellenaufbau beim Amt für Justizvollzug und der Polizei.
- Aufgrund der Auswirkungen der Corona-Pandemie auf den Arbeitsmarkt wurde im Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA) massiv Personal für Kontrolleure Schutzkonzepte, beim RAV sowie bei der Arbeitslosenkasse aufgebaut. Dieser Aufbau war nicht budgetiert. Diese zusätzlichen Stellen sind bis auf die Kontrolleure Schutzkonzepte vollständig vom Bund finanziert. Gegen Ende 2021 zeichnete sich eine Entspannung an, so dass erste Stellen beim RAV sowie bei der Arbeitslosenkasse abgebaut werden konnten. Im Departementssekretariat jedoch mussten für die Administration der Härtefallmassnahmen zeitlich befristet Stellen aufgebaut werden. Bei den restlichen Ämtern ergaben sich dagegen nur unwesentliche Änderungen im Personalbestand.

3.1.1 Pensenübersicht

In der folgenden Tabelle wird die Veränderung der Stellenprozente pro Globalbudget gegenüber dem Vorjahr ersichtlich. Dazu zählen alle Mitarbeitenden und Lehrpersonen, welche unbefristet, befristet oder stundenweise mit variablem Pensum angestellt sind.

GB-Name	Pensenbestand per		Differenz RE21/RE20	
	31.12.2020	31.12.2021	absolut	in %
Stabsdienstleistungen für den Kantonsrat	5.0	6.1	1.1	22.0%
Dienstleistungen der Staatskanzlei	33.8	35.4	1.6	4.7%
Drucksachen/Lehrmittel	6.8	6.7	-0.1	-1.5%
Total Behörden / Staatskanzlei	45.6	48.2	2.6	5.7%
Führungsunterstützung BJD und amtliche Geoinformation	21.7	22.7	1.0	4.6%
Raumplanung	22.1	25.3	3.2	14.5%
Hochbau	61.4	61.2	-0.2	-0.3%
Strassenbau	118.8	119.5	0.7	0.6%
Öffentlicher Verkehr	4.5	4.3	-0.2	-4.4%
Umwelt	54.6	53.8	-0.8	-1.5%
Denkmalpflege und Archäologie	12.2	13.2	1.0	8.2%
Administrative und technische Verkehrssicherheit	99.4	100.7	1.3	1.3%
Staatsanwaltschaft	72.6	77.7	5.1	7.0%
Jugendanwaltschaft	7.7	8.1	0.4	5.2%
Total Bau- und Justizdepartement	475.0	486.5	11.5	2.4%
Führungsunterstützung DBK	12.0	11.5	-0.5	-4.2%
Volksschule	235.6	257.3	21.7	9.2%
Berufsbildung, Mittel- und Hochschulwesen	37.3	37.8	0.5	1.3%
Mittelschulbildung	297.7	303.0	5.3	1.8%
Berufsschulbildung	303.4	305.7	2.3	0.8%
Kultur und Sport	10.9	11.7	0.8	7.3%
Total Departement Bildung und Kultur	896.9	927.0	30.1	3.4%
Führungsunterstützung FD und Amtschreibereiaufsicht	10.0	10.1	0.1	1.0%
Amtschreiberei-Dienstleistungen	184.4	181.1	-3.3	-1.8%
Finanzen und Statistik	18.5	18.8	0.3	1.6%
Personalwesen	18.8	22.4	3.6	19.1%
Steuerwesen	197.6	197.2	-0.4	-0.2%
Informationstechnologie	51.2	53.0	1.8	3.5%
Staatsaufsichtswesen	7.4	7.6	0.2	2.7%
Total Finanzdepartement	487.9	490.2	2.3	0.5%
Gesundheitsversorgung	75.7	116.0	40.3	53.2%
Soziale Sicherheit	107.4	110.0	2.6	2.4%
Migration	60.1	59.2	-0.9	-1.5%
Justizvollzug	175.8	186.3	10.5	6.0%
Polizei	539.5	556.0	16.5	3.1%
Total Departement des Innern	958.5	1'027.5	69.0	7.2%
Führungsunterstützung VWD und Stiftungsaufsicht	9.9	12.7	2.8	28.3%
Wirtschaft und Arbeit	191.5	183.2	-8.3	-4.3%
Energiefachstelle	5.5	5.5	0.0	0.0%
Gemeinden und Zivilstandsdienst	31.7	32.4	0.7	2.2%
Wald, Jagd und Fischerei	17.0	16.2	-0.8	-4.7%
Landwirtschaft	72.3	72.0	-0.3	-0.4%
Militär und Bevölkerungsschutz	27.4	28.9	1.5	5.5%
Total Volkswirtschaftsdepartement	355.3	350.9	-4.4	-1.2%
Gerichte	124.4	122.5	-1.9	-1.5%
Total Gerichte	124.4	122.5	-1.9	-1.5%
Total Globalbudgets	3'343.6	3'452.8	109.2	3.3%

Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich der Pensenbestand um insgesamt 109,2 Pensen oder 3,3% aus folgenden Gründen:

- Die Erhöhung von 1,1 Pensen in den Parlamentsdiensten ergibt sich aus der Besetzung einer Vakanz (0,8 Pensen) sowie dem Aufbau einer befristeten Stelle im Bereich Digitale Projekte (0,4 Pensen).
- In der Staatskanzlei erfolgte ein Ausbau der Personalressourcen um 1,3 Pensen im Staatsarchiv und die Wiederbesetzung einer Vakanz im Umfang von 0,3 Pensen im Datenschutz.
- Die wesentlichsten Veränderungen im BJD ergaben sich im Amt für Raumplanung (3,2 Stellen) aufgrund von (teilweise befristeten) Aufstockungen sowie bei der Staatsanwaltschaft (5,1 Stellen) aufgrund von verschiedenen Ursachen (a.o. Staatsanwalt wegen Covid-Kreditbetrug, Digitalisierung, Stellvertretungen bei Mutterschaftsurlauben). Die weiteren einzelnen Aufstockungen sind hauptsächlich auf die Wiederbesetzung von verschiedenen längerfristigen Vakanz zurückzuführen.
- Im Globalbudget «Führungsunterstützung DBK» war per 31.12.2021 in der Stipendienabteilung eine Stelle noch nicht wiederbesetzt.
- Mehr ISM-Dossiers (integrative sonderpädagogische Massnahmen) führen zum höheren Pensenbestand im Globalbudget Volksschule.
- Bei Kultur und Sport erfolgte zur Umsetzung der Covid-19-Massnahmen eine temporäre Pensenaufstockung. Diese zusätzlichen Administrativkosten werden zur Hälfte vom Bund mitgetragen.
- Die Amtschreibereien und das Steueramt konnten im Berichtsjahr vakante Stellen nicht besetzen.
- Der Pensenbestand des Personalamts musste wegen ausserordentlichen Arbeiten im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie mit befristeten Anstellungen aufgestockt werden.
- Im Gesundheitsamt waren im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie zusätzliche Personalressourcen erforderlich (Contact Tracing und Team Pandemiebewältigung). Mehr als die Hälfte aller Pensen sind befristete Anstellungen.
- Der Pensenanstieg im Amt für Justizvollzug ist grösstenteils auf den gemäss Globalbudgetvorlage schrittweisen Aufbau von zusätzlichen Pensen in den Untersuchungsgefängnissen und dem Gesundheitsdienst zurückzuführen.
- Bei der Polizei steht der Anstieg der Pensen im Zusammenhang mit der bewilligten, gestaffelten Korperweiterung.
- Im Departementssekretariat Volkswirtschaftsdepartement wurde für die Bearbeitung der Härtefallmassnahmen der Personalbestand zeitlich befristet erhöht. Weiter wurde wegen eines Mutterschaftsurlaubs auch in der Stiftungsaufsicht der Personalbestand erhöht.
- Im Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA) konnten zwei Mitarbeitende für die Mietzinszuschüsse COVID-19 und drei Kontrolleure COVID-19 abgebaut werden. Weiter konnte aufgrund der rückläufigen Arbeitslosigkeit und Kurzarbeitsentschädigungen beim RAV sowie bei der Arbeitslosenkasse Stellen abgebaut werden.
- Der leicht niedrigere Pensenbestand bei den Gerichten Ende Jahr resultiert aus dem Stichtag 31.12.2021, an dem gewisse Pensen gekündigt oder reduziert, aber noch nicht neu besetzt waren. Dies ist zufällig und widerspiegelt nicht die Geschäftslast bei den Gerichten, die nach wie vor hoch ist.

3.1.2 Beiträge an die Pensionskasse und die Sozialversicherungen

Die Arbeitgeberbeiträge an die staatliche Pensionskasse und die Sozialversicherungen sind den Dienststellen zugewiesen. Der Gesamtbetrag beträgt 82,8 Mio. Franken. Das entspricht 21,2% der Besoldungskosten.

3.2 Nettoaufwand für einzelne Schultypen

Die folgende Tabelle orientiert über den Nettoaufwand für die einzelnen Schultypen (in Mio. Franken). Es handelt sich um Aufwendungen für die kantonalen Schulen, den Beitrag an die Fachhochschule Nordwestschweiz sowie die Kantonsbeiträge für Solothurner Studierende an den universitären Hochschulen.

Jahr	Volks- schulen	Mittel- schulen	Berufs- schulen	Fachhoch- schule	Universi- täten	Total
2017	195,3	50,8	42,6	38,0	30,6	357,3
2018	193,4	49,6	42,9	37,2	30,8	353,9
2019	196,9	49,0	43,2	37,2	32,4	358,7
2020	196,2	49,1	42,3	37,2	33,2	358,0
2021	204,1	50,0	42,3	37,6	35,3	369,3

Die Abweichung zwischen den Rechnungen 2020 und 2021 beträgt 11,3 Mio. Franken oder 3,2%.

Der Mehraufwand im Bereich Volksschule von 7,9 Mio. Franken ist auf höhere Beiträge an die Gemeinden aufgrund der Demografie, höhere Beiträge an Sonderschulheime aufgrund von mehr Schülerinnen und Schülern und den Mehraufwand in den Heilpädagogischen Schulzentren aufgrund von mehr Personen in den integrativen sonderpädagogischen Massnahmen (ISM) zurückzuführen.

Der Mehraufwand bei den Universitäten ist auf mehr Studierende zurückzuführen. Im 2021 studierten 1'963 an den Universitäten, im 2020 waren es 1'877 Personen.

3.3 Nettoverschuldung und Zinsendienst

3.3.1 Nettoverschuldung

Die Nettoverschuldung - verstanden als Differenz zwischen den gesamten fremden Mitteln (kurz-, mittel- und langfristigem Fremdkapital sowie Verpflichtungen für Spezialfinanzierungen) einerseits und dem Finanzvermögen (frei verfügbare flüssige Mittel, Guthaben, Anlagen) andererseits - hat sich wie folgt entwickelt:

Nettoverschuldung (in Mio. Franken)	2017	2018	2019	2020	2021
Fremdkapital*	2'538,3	2'567,7	2'604,1	2'397,5	2'455,4
inkl. Spezialfinanzierungen FK					
Spezialfinanzierungen (netto)					
./. Finanzvermögen	1'125,3	1'169,8	1'258,0	1'103,9	1'256,9
Nettoverschuldung	1'413,0	1'397,9	1'346,1	1'293,6	1'198,5

*) ohne Darlehen der Landwirtschaftlichen Kreditkasse (2021 total 87,6 Mio. Franken)

Die Nettoverschuldung 2021 hat gegenüber dem Vorjahr um 95,1 Mio. Franken abgenommen. Sie ist auf den positiven Selbstfinanzierungsgrad von 225% zurückzuführen.

3.3.2 Nettozinsaufwand

Für die Berechnung des Nettozinsaufwandes werden den Passivzinsen die Vermögenserträge gemäss volkswirtschaftlicher Gliederung gegenübergestellt. Die Entwicklung seit 2017 präsentiert sich wie folgt:

Zinsendienst (in Mio. Franken)	2017	2018	2019	2020	2021
Passivzinsen	25,3	24,7	23,8	22,8	23,2
Vermögenserträge*	9,7	9,4	9,8	6,1	6,2
Nettozinsaufwand bzw. -ertrag	15,6	15,3	14,0	16,7	17,0
Total Staatssteuern	838,7	865,1	872,7	851,4	864,0
Nettozinsaufwand in % Staatssteuern	1,9	1,8	1,6	2,0	2,0

*) exkl. Buchgewinne

Im Jahr 2021 wird ein Nettozinsaufwand von 17,0 Mio. Franken ausgewiesen (2020: 16,7 Mio. Franken). Die Zunahme von 0,3 Mio. Franken ist grösstenteils auf die Zunahme der bezahlten Negativzinsen von 1,0 Mio. Franken aufgrund der hohen Liquidität und auf den Rückgang der Rückerstattungszinsen von 0,5 Mio. Franken zurückzuführen. Gemessen am Ertrag der gesamten Staatssteuer beträgt der Nettozinsaufwand 2,0%, d.h. von 100 Franken Steuerertrag müssen 2 Franken für den Nettozinsendienst ausgegeben werden.

3.4 Abschreibungen

3.4.1 Verwaltungsvermögen

Die Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen werden aufgrund des Standes am 31. Dezember 2021, d.h. nach den Aktivierungen, vorgenommen. Das den Abschreibungen unterliegende Verwaltungsvermögen wird in der Bilanz unter den Positionen Sachgüter, bedingt rückzahlbare Darlehen Öffentlicher Verkehr und Investitionsbeiträge ausgewiesen. Das abzuschreibende Verwaltungsvermögen veränderte sich 2021 wie folgt:

Abschreibungen Verwaltungsvermögen in Mio. Franken

	2020	2021
Abzuschreibendes Verwaltungsvermögen per 1. Januar	1'472,0	1'507,3
Abzuschreibende Nettoinvestitionen laufendes Jahr (Sachanlagen, Investitionsbeiträge)	95,1	77,1
Verwaltungsvermögen per Ende Rechnungsjahr vor Abschreibungen	1'567,1	1'584,4
Ordentliche Abschreibungen (Sachanlagen, Investitionsbeiträge)	59,8	60,9
Restbuchwert per 31. Dezember	1'507,3	1'523,5

Mit HRM2 wird das Verwaltungsvermögen im Gegensatz zur früheren Abschreibungspraxis von 10% bzw. 100% bei Spezialfinanzierungen nun linear auf der Basis der Nutzungsdauer je Anlagekategorie abgeschrieben. Zusätzliche Abschreibungen werden nicht zugelassen. Auf dem abzuschreibenden Verwaltungsvermögen (Sachanlagen, Investitionsbeiträge) wurden Abschreibungen von insgesamt 60,9 Mio. Franken vorgenommen.

Darin enthalten sind auch die Abschreibungen der Strassenrechnung. Diese werden jedoch nicht mehr separat ausgewiesen, da die Strassenrechnung seit 2021 keine Spezialfinanzierung mehr ist, sondern in der allgemeinen Rechnung enthalten ist.

Der Gesamtab Abschreibungssatz des Verwaltungsvermögens wird wie folgt berechnet:

Total abzuschreibende Aktiven	1'584,4
Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen	60,9
Gesamtab Abschreibungssatz (in %) = (60,9 Mio. Fr. x 100) / 1'584,4 Mio. Fr.	3,8%

3.4.2 Finanzvermögen

Die Abschreibungen auf dem Finanzvermögen erreichen im Rechnungsjahr den Betrag von 22,5 Mio. Franken (Vorjahr: 24,2 Mio. Franken). Der grösste Teil entfällt auf das Steueramt:

	Mio. Fr.
Uneinbringliche Steuerforderungen	15,8
Erlassene Steuerforderungen	0,5
Total	16,3

Die auf den Staatssteuern abgeschrieben Beträge machen 1,9% des gesamten Staatssteuerertrages aus (Vorjahr 2,1%).

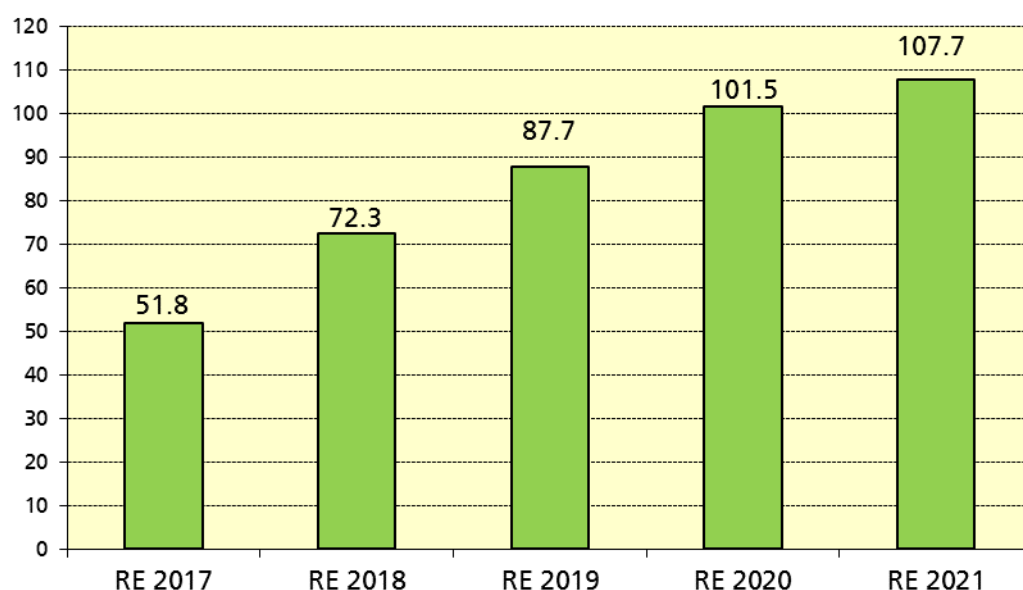
Weiter mussten die Strafverfolgung und Justizadministration (3,3 Mio. Franken), die Gerichte (1,8 Mio. Franken), die Motorfahrzeugkontrolle (0,3 Mio. Franken), die Stipendienabteilung und Amtschreibereien (je 0,2 Mio. Franken) und das Amt für soziale Sicherheit (0,1 Mio. Franken) Forderungen abschreiben.

Die Wertberichtigungen auf dem Finanzvermögen konnten durch die Auflösung von Rückstellungen für Steuerausstände (16,5 Mio. Franken) um insgesamt 16,4 Mio. Franken nach unten korrigiert werden (Vorjahr: Erhöhung um 0,6 Mio. Franken).

3.5 Strassenrechnung

Strassenrechnung

(- Verlustvortrag bzw. + Eigenkapital in Mio. Franken)



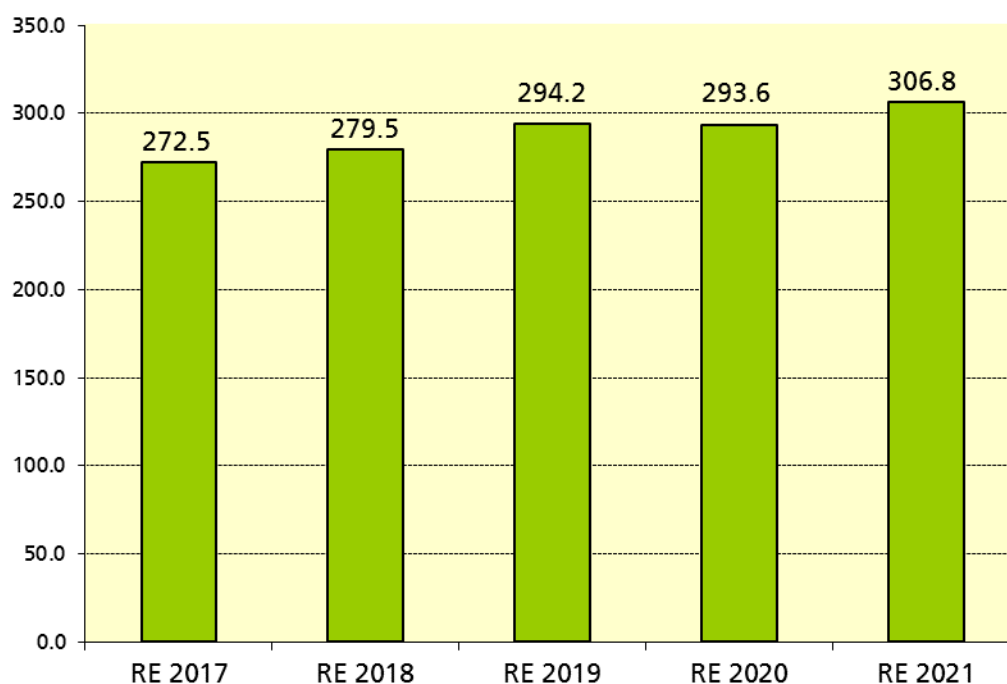
Die Ausgaben im Strassenbau sind über die Strassenrechnung gedeckt. Im Jahr 2021 wurden netto 33,4 Mio. Franken in den Kantonsstrassenbau und 5,2 Mio. Franken in Hochbauten (MFK/Werkhöfe/Salzlager) investiert. Aufgrund der entsprechend abgerechneten Bauarbeiten und den zweckgebundenen Einnahmen aus der Motorfahrzeugsteuer nehmen die Rücklagen für die Strassenrechnung im Jahr 2021 um 6,2 Mio. Franken zu und steigen auf 107,7 Mio. Franken per 31.12.2021. Der Bilanzfehlbetrag bei den Gesamtverkehrsprojekten sinkt von 20,6 Mio. Franken auf 13,9 Mio. Franken.

3.6 Gesundheit

Die Kosten für den Bereich Gesundheit betragen 2021 einschliesslich Globalbudget 403,0 Mio. Franken, was im Vergleich zur Rechnung 2020 Mehrkosten von 27,1 Mio. Franken bedeutet. Die Gesundheit umfasst die Finanzgrössen Spitalbehandlungen gemäss KVG, Ärztliche Weiterbildung, Krebsregister, Darmkrebs-Screening, Mammografie-Screening sowie das Globalbudget Gesundheitsversorgung. Mitte 2020 wurde die neue Finanzgrösse «COVID-19 Gesundheitskosten» implementiert, welche nicht geplante Ausgaben im Zusammenhang mit der Bekämpfung der COVID-19-Pandemie enthält. Die Finanzgrösse «COVID-19 Impfen» wurde Ende 2020 neu eingerichtet. Sie enthält die Kosten rund um das Impfen der Bevölkerung. Im Voranschlag 2021 wurden lediglich 10 Mio. Franken für COVID-19 Gesundheitskosten berücksichtigt. Die nun angefallenen Kosten übersteigen diesen Betrag bei weitem.

Gemäss KVG sind im Rahmen der seit 1. Januar 2012 gültigen neuen Spitalfinanzierung die Vergütungen für die stationären Spitalleistungen von den Kantonen und den Krankenversicherern anteilmässig zu übernehmen. Dies gilt für alle Spitäler, die auf der Spitalliste eines Kantons aufgeführt sind und ist zudem unabhängig davon, ob es sich um öffentliche oder private Spitäler handelt. Der Regierungsrat hat am 31. Januar 2017 beschlossen, den Kantonsanteil für die Spitalbehandlungen gemäss KVG unbefristet auf dem bundesgesetzlichen Minimum von 55% zu belassen (RRB Nr. 2017/180).

Spitalbehandlungen gemäss KVG
(in Mio. Franken)



Die Kosten der Spitalbehandlungen gemäss KVG betragen 2021 mit 306,8 Mio. Franken 13,1 Mio. Franken mehr als 2020. Sie liegen um 3,2 Mio. Franken unter dem Voranschlag 2021 (1,0%).

3.7 Soziale Sicherheit

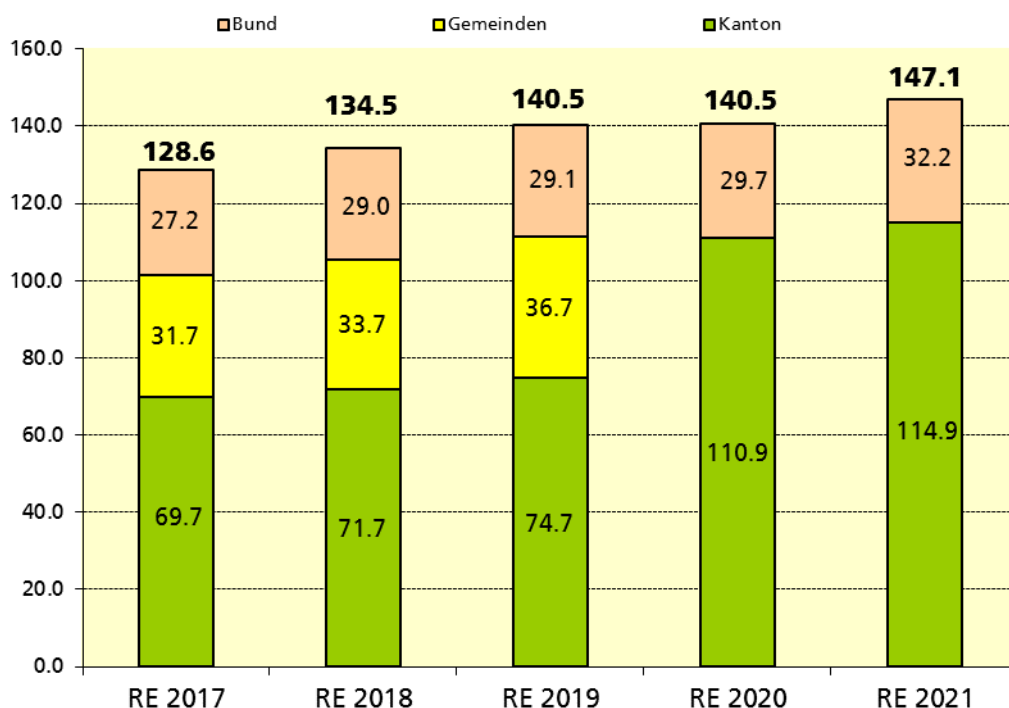
Die Bruttoaufwendungen für die soziale Sicherheit inklusive Globalbudget betragen 2021 620,6 Mio. Franken. Diesen Aufwendungen stehen Erträge von 337,5 Mio. Franken gegenüber, woraus sich eine Nettobelastung von 283,1 Mio. Franken ergibt.

Das Globalbudget allein schliesst bei einem Aufwand von 22,8 Mio. Franken und einem Ertrag von 6,2 Mio. Franken mit einem Saldo von 16,6 Mio. Franken und damit 0,9 Mio. Franken unter dem Budget und 1,4 Mio. Franken tiefer als im Vorjahr ab.

Der Nettoaufwand der Finanzgrössen (Sozialversicherungen und Ergänzungshilfen) beträgt 2021 266,5 Mio. Franken und enthält folgende Positionen:

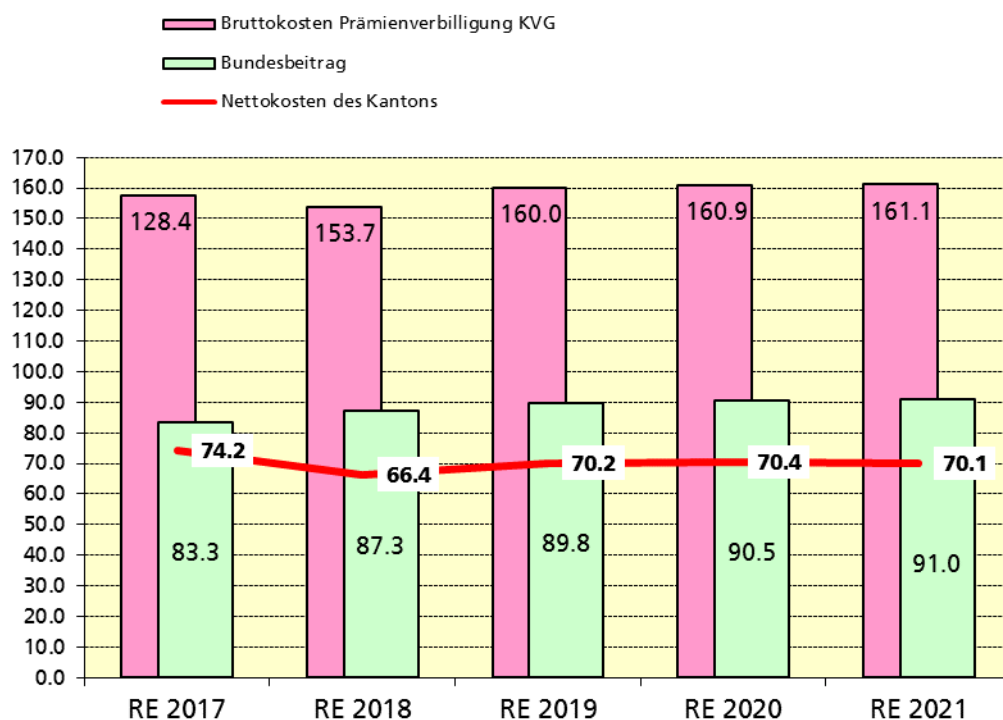
Sozialversicherungen und Ergänzungshilfen	RE20	VA21	RE21
– Ergänzungsleistungen AHV / IV / Familien, inkl. Verwaltungskosten	118,7	115,6	120,0
– Individuelle Prämienverbilligung nach KVG (IPV), inkl. Verwaltungskosten	70,4	78,9	70,1
– Fremdplatzierung Minderjähriger	19,1	24,5	23,8
– Verlustscheine KVG	12,3	13,1	11,0
– Behinderung inner- und ausserkantonale	33,5	33,6	33,2
– Beitrag Restfinanzierung Pflege	0,7	0	0,6
– Opferhilfe	1,2	2,1	1,6
– Diverses	10,4	8,2	6,2
Total	266,3	276,0	266,5

Ergänzungsleistungen zur IV (in Mio. Franken)



Für den Kanton resultieren im Bereich der Ergänzungsleistungen zur IV inkl. Verwaltungskosten bei einem Aufwand von 147,1 Mio. Franken zugunsten privater Haushalte und einem Ertrag aus Beiträgen vom Bund (32,2 Mio. Franken) Kosten von 114,9 Mio. Franken (Voranschlag 2021: 115,6 Mio. Franken). Aufgrund der Aufgaben- und Finanzierungsentflechtung in der sozialen Sicherheit entfielen ab 2020 die

Prämienverbilligungen nach KVG (in Mio. Franken)



Für die Prämienverbilligung gemäss KVG inkl. Verwaltungskosten wurden 161,1 Mio. Franken aufgewendet. Der Bundesbeitrag betrug 91,0 Mio. Franken. Für den Kanton resultierte eine Nettobelastung von 70,1 Mio. Franken (Voranschlag 2021: 78,9; Rechnung 2020: 70,4 Mio. Franken).

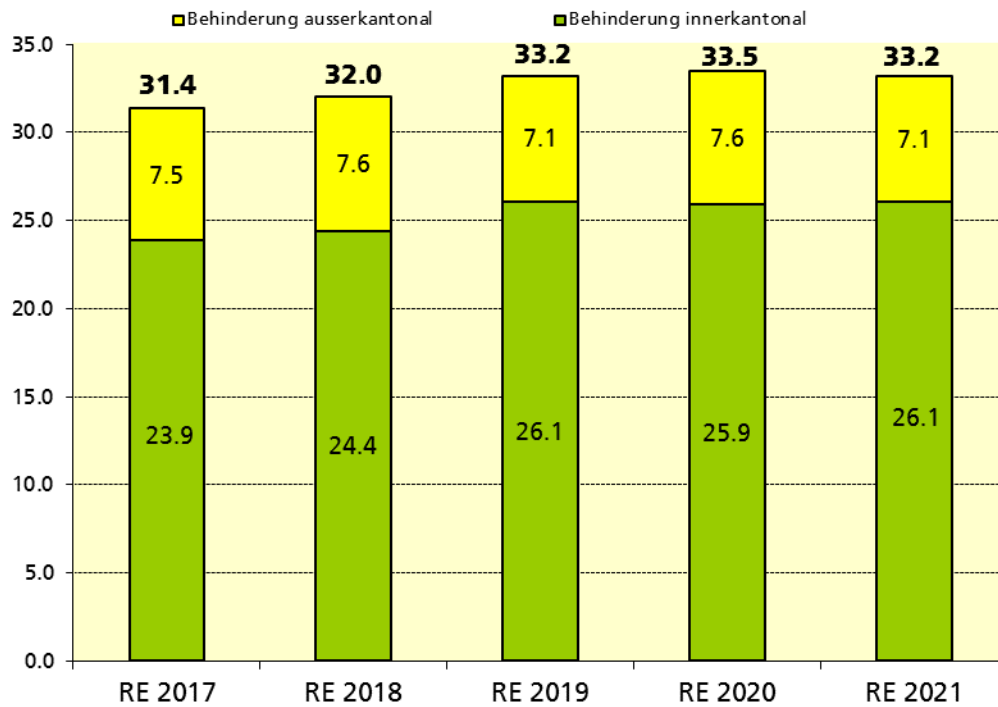
Mit Kantonsratsbeschluss SGB 0128/2018 vom 11. Dezember 2018 wurden die Verlustscheine KVG ab 2019 von der Prämienverbilligung entkoppelt (bis 2018 in der Finanzgrösse «Prämienverbilligungen nach KVG» enthalten).

Die Kosten der Verlustscheine entwickelten sich wie folgt:

RE 2016	RE 2017	RE 2018	RE 2019	RE2020	RE2021
12,3 Mio.	10,5 Mio.	13,4 Mio.	11,2 Mio.	12,3 Mio.	11,0 Mio.

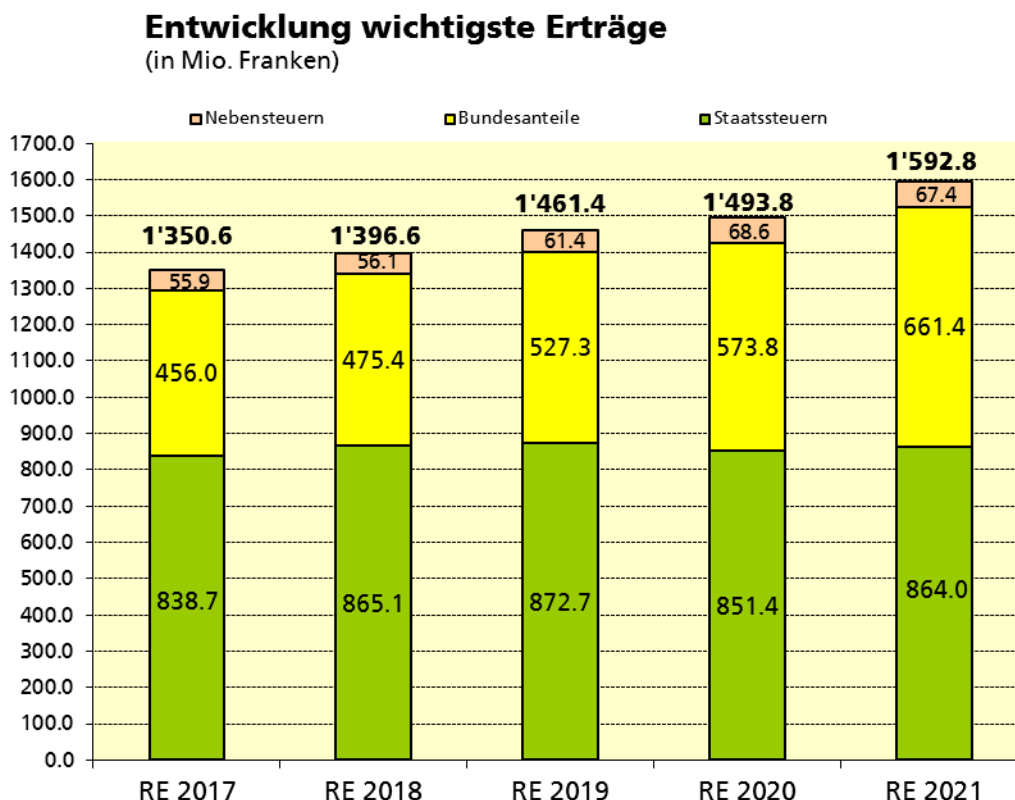
Behinderungen

(in Mio. Franken)



Für Beiträge an ausserkantonale Behindertenwohnheime und innerkantonale Werkstätten wurden im Geschäftsjahr 2021 33,2 Mio. Franken aufgewendet (Voranschlag 2021: 33,6 Mio. Franken; Rechnung 2020: 33,5 Mio. Franken).

4 Die grössten Ertragspositionen



Mit 1'592,8 Mio. Franken schliessen die wichtigsten Erträge um 135,7 Mio. Franken bzw. 9,3% über dem Budget ab. Gegenüber dem Voranschlag 2021 ergaben sich Mehrerträge bei den Staatssteuern (75,2 Mio. Franken), Bundesanteilen (47,4 Mio. Franken) und bei den Nebensteuern (13,1 Mio. Franken).

Gegenüber dem Vorjahr haben die wichtigsten Erträge um 99,0 Mio. Franken bzw. 6,6% zugenommen. Im Vergleich zur Rechnung 2020 ergaben sich Mehrerträge bei den Bundesanteilen (87,6 Mio. Franken) und bei den Staatssteuern (12,6 Mio. Franken). Die Nebensteuern fielen jedoch leicht tiefer aus (1,2 Mio. Franken).

4.1 Bundesanteile

Mit Einnahmen von insgesamt 661,4 Mio. Franken wurde der budgetierte Betrag von 614,0 Mio. Franken um 47,4 Mio. Franken überschritten. Anstelle der budgetierten vierfachen Gewinnausschüttung hat die Schweizerische Nationalbank SNB aufgrund des guten Geschäftsabschlusses 2020 eine sechsfache Gewinnausschüttung vorgenommen (zusätzlich 42,6 Mio. Franken). Der Anteil an der Verrechnungssteuer ist ebenfalls höher ausgefallen als budgetiert (7,7 Mio. Franken). Der Anteil an der direkten Bundessteuer ist hingegen tiefer ausgefallen als budgetiert (2,2 Mio. Franken).

Gegenüber der Rechnung 2020 resultiert eine Verbesserung von 87,6 Mio. Franken. Mehrerträge bei der Gewinnausschüttung SNB (42,6 Mio. Franken), dem NFA (25,1 Mio. Franken) und der Verrechnungssteuer (21,4 Mio. Franken) stehen Minderträgen bei der direkten Bundessteuer (2,9 Mio. Franken) gegenüber.

Der Ertrag aus den Bundesanteilen hat sich in den letzten Jahren wie folgt entwickelt:

Bundesanteile (in Mio. Franken)	RE 16	RE 17	RE 18	RE 19	RE 20	RE 21
- Reingewinn SNB	21.4	36.9	42.7	42.7	85.3	127.9
- Direkte Bundessteuer	59.3	56.2	58.6	62.2	83.0	80.1
- Verrechnungssteuer	17.7	32.2	24.7	31.1	10.3	31.7
- NFA-Ressourcenausgleich	258.8	306.8	324.4	363.9	371.5	392.5
- NFA-sozio-demo. Lastenausgleich	1.8	2.5	3.9	6.6	3.4	7.4
- NFA-Härteausgleich	-3.8	-3.6	-3.3	-3.1	-2.9	-2.7
- Anteil EU-Zinsbesteuerung	0.1	0.1	0	0	0.0	0.0
- Rückerstattung CO2-Abgabe	0.2	0.3	0.5	0.5	0.2	0.1
- Mineralölsteuer	8.6	8.6	8.3	8.1	7.8	8.4
- LSVA	12.3	13.7	13.4	13.2	12.9	13.7
- Globalbeitrag Hauptstrassen	2.4	2.3	2.2	2.2	2.3	2.3
Total	378.8	456.0	475.4	527.3	573.8	661.4

4.2 Staatssteuerertrag

Der Ertrag aus den Staatssteuern setzt sich wie folgt zusammen:

Staatssteuer (in Mio. Franken)	VA 21	RE 21	Diff. in Fr.	Diff. in %
- Staatssteuer nat. Personen*/**	700,5	743,4	42,9	6,1
- Staatssteuer jur. Personen*	50,0	70,3	20,3	40,5
- Quellensteuer	24,0	30,4	6,4	26,6
- Finanzausgleichssteuer	5,0	7,1	2,1	41,5
- Grundstückgewinnsteuer	9,3	12,8	3,5	37,6
Total	788,8	864,0	75,2	9,5

* inkl. Erträge aus Vorjahren

** inkl. Grenzgängerbesteuerung, Kapitalabfindungssteuer, Liquidationsgewinnsteuer und Spitalsteuern aus Vorjahren; netto (Gesamterträge abzüglich Anteil des Bundes und der Gemeinden)

Der in die Staatsrechnung 2021 eingegangene Gesamtertrag der Staatssteuern liegt 75,2 Mio. Franken oder 9,5% über dem Voranschlag 2021. Mit der Einführung des neuen Steuersystems NEST wurde die Berechnungsmethode des Delkredere angepasst. Dies führt zu einer zusätzlichen Verbesserung von 16,5 Mio. Franken gegenüber dem Voranschlag 2021.

Die folgende Übersicht zeigt die Erträge der Staatssteuern für die Jahre 2017 - 2021:

Staatssteuern (in Mio. Franken)	2017	2018	2019	2020	2021
- Staatssteuer nat. Personen*/**	684,8	707,2	713,9	727,5	743,4
- Staatssteuer jur. Personen*	108,0	106,4	111,3	77,0	70,3
- Quellensteuer	26,4	30,1	26,9	30,0	30,4
- Finanzausgleichssteuer	10,4	10,9	11,3	7,8	7,1
- Grundstückgewinnsteuer	8,9	9,9	9,4	9,1	12,8
Total	838,7	865,1	872,7	851,4	864,0

* inkl. Erträge aus Vorjahren

** inkl. Grenzgängerbesteuerung, Kapitalabfindungssteuer, Liquidationsgewinnsteuer und Spitalsteuern aus Vorjahren; netto (Gesamterträge abzüglich Anteil des Bundes und der Gemeinden); Steuersatz: 2017-2021 = 104%.

Im Vergleich zum Vorjahr ist beim Ertrag der Staatssteuern eine Zunahme von 12,6 Mio. Franken oder 1,5% festzustellen. Die Steuererträge der juristischen Personen sind unter anderem infolge der Umsetzung STAF um weitere 6,7 Mio. Franken tiefer ausgefallen als im Vorjahr. Dies entspricht einer Abnahme um 8,7%. Die Erträge der natürlichen Personen erhöhten sich um 15,9 Mio. Franken gegenüber 2020. Dies entspricht einer Zunahme von 2,2%.

4.2.1 Entwicklung Steuerausstand

Der Steuerausstand beträgt zum Jahresende 2021 317,8 Mio. Franken und liegt damit 8,0 Mio. Franken unter dem Vorjahr (-2,5%). Dieser Rückgang gegenüber 2020 ist durch die getroffenen Massnahmen des Kantons im 2020 zurückzuführen. Da die Abgabefristen verlängert und gleichzeitig für eine gewisse Zeit die Mahnungen ausgesetzt wurden, ist der Bestand an unbezahlten Steuerforderungen gegen Ende 2020 tendenziell höher. Bereits im Jahr 2021 hat sich dies wieder normalisiert.

Im Gegenzug haben sich aber durch die geänderte Praxis die Guthaben der Steuerpflichtigen (hier nicht abgebildet) signifikant verändert. Und zwar haben diese um 19,8 Mio. Franken (24,6%) zugenommen, da die Guthaben der Steuerpflichtigen nach Möglichkeit nicht mehr ausbezahlt sondern umgebucht werden.

Steuerausstand (in Mio. Franken)

31.12.2014	271,8
31.12.2015	285,6
31.12.2016	296,4
31.12.2017	302,2
31.12.2018	313,3
31.12.2019	353,6
31.12.2020	325,8
31.12.2021	317,8
Veränderung 2021	- 8,0

4.3 Nebensteuern

Der Ertrag der Nebensteuern 2021 fiel um 13,1 Mio. Franken höher aus als budgetiert.

Nebensteuern (in Mio. Franken)	VA 21	RE 21	Diff. in Fr.	Diff. in %
- Handänderungssteuer	26,0	36,2	10,1	39,0
- Erbschaftssteuer	20,0	21,7	1,7	8,6
- Nachlasssteuer	6,8	7,3	0,5	7,5
- Schenkungssteuer	1,5	2,2	0,7	49,5
Total	54,3	67,4	13,1	24,1

Die nachstehende Tabelle zeigt die seit 2017 ausgewiesenen Erträge der Nebensteuern:

Nebensteuern in Mio. Franken	2017	2018	2019	2020	2021
- Handänderungssteuer	27,3	25,6	25,0	33,3	36,2
- Erbschaftssteuer	19,7	22,3	19,8	26,9	21,7
- Nachlasssteuer	7,0	6,8	14,3	7,1	7,3
- Schenkungssteuer	1,9	1,5	2,3	1,4	2,2
Total	55,9	56,2	61,4	68,6	67,4

Der gesamte Ertrag der Nebensteuern liegt mit 67,4 Mio. Franken um 1,2 Mio. Franken unter dem Vorjahresniveau.

Insbesondere die Handänderungssteuern bewegen sich auch für 2021 auf einem äusserst hohen Niveau. Dies widerspiegelt die sehr hohe Aktivität auf dem Immobilienmarkt, was sich darüber hinaus auch bei der Grundstückgewinnsteuer und bei der Besteuerung von Kapitalleistungen feststellen lässt. Bedingt durch die COVID Pandemie hat sich der Fokus auf das Inland verlegt.